

zahl Schönheitsfehler in der Novelle beseitigt. Diesen Abänderungen wird von Seiten der Regierung ein entschiedenes Nein entgegengesetzt, und die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat versichert, daß es „zurzeit nach Lage der Sache ganz ausgeschlossen sei, über die in der Novelle gezogenen Grenzen hinauszugehen.“ Jedenfalls wird eine von beiden, Regierung oder Volksvertretung, nachgeben müssen, wenn nicht die ganze Beforderungsaufbesserung scheitern soll.

Einen Rückzug hat die deutsche Regierung wohl oder übel in dem Fall des russischen Kapitäns Poljakow antreten müssen, der in Köln unter Diebstahlsverdacht verhaftet und erst nach zehntägiger Inhaftierung auf freien Fuß gesetzt wurde. Die Loyalität, mit der von Seiten der deutschen Behörden nach Feststellung des Tatbestandes eingeräumt wurde, daß hier ein Mißgriff vorlag und mit der alsbald entsprechende Remedur geschaffen wurde, steht in einem wohlthuenden Gegensatz zu dem Verhalten der russischen Behörden in dem Fall der seit langer Zeit festgehaltenen deutschen Luftschiffer Berliner, Gase und Nikolai, die in geradezu frivoler Weise wegen angeblichen Spionageverdachts verhaftet wurden. Angesichts der sich häufenden Übergriffe auf russischer Seite scheint es doch wohl geboten, daß man in der Wilhelmstraße eine etwas kräftigere Sprache spricht, die in Rußland, wo bekanntlich der Himmel hoch und der Jar weit ist, besser vernommen wird.

In Lande der Affären, in Frankreich, stehen zurzeit zwei Dinge im Vordergrund, die Neuheiten und der Rochette-Skandal, wobei der Einfluß des letzteren auf die ersteren unverkennbar ist. Die mit so viel Tamtam in Szene gesetzte Untersuchung des Rochette-Ausflusses, den man mit weitgehenden Vergewaltigungen ausgestattet hatte, ist mit ganz außerordentlicher Dämpfung geführt worden. Man hat mit weithin glänzender Fackel in das Dunkel der Rochette-Affäre hinein- und an den gefährlichsten Stellen vorbeigeleuchtet, so daß der prinzipienfeste Vorführende Jaurès chronisch mit dem Austritt drohte, sich aber immer wieder bekümmert ließ. Der Bericht der Kommission ist ein Meisterstück der Taktik, „wasmir den Pelz, aber noch ihn nicht naß“, und auch die Debatte in der Kammer ließ das Bestreben erkennen, der Regierung gerade jetzt vor den Wahlen keine allzu großen Schwierigkeiten zu bereiten.

Sehr kritisch hat sich die Lage im Britenreich ausgespielt, wo die Somervillefrage sich zu einer gefährlichen Belastungsprobe für das liberale Kabinett gestaltet. Nebenfalls hat die Ulsterrebellion, wie der Rücktritt des Kriegsministers Seely und der Generale French und Ewart zeigte, schon jetzt einen unblutigen Sieg errufen, und die Unionisten rechnen immer mehr darauf, daß sie nicht nur das Inkrafttreten der Somervillebill verhindern, sondern die Regierung zu Neuwahlen treiben können. Der Premierminister Asquith will freilich bisher von einem Rückzug nichts wissen, aber ob seine Übernahme des Kriegsministeramts auch befaßt, daß er den inneren Krieg nicht scheut, das ist doch sehr fraglich.

Ein solcher innerer Krieg scheint in dem neuesten europäischen Staatswesen leider nicht nur im Epirus zu herrschen, wo Griechen und Albanesen sich gegenseitig die Gasse abschneiden. Die letzteren sind offenbar nicht imstande, mit den „heiligen Bataillonen“ fertig zu werden. Esab-Pascha hat sein Versprechen, gegen die arabischen Freischärler zu ziehen, nicht gehalten, vielleicht nur, weil es ihm an Truppen, Waffen, Munition und Geld fehlt, und dazu kommen noch die Differenzen mit den holländischen Offizieren. Der Mhet von Albanien aber harret in Durazzo noch immer auf die Hilfe der Mächte. Indessen Soffen und Sorren macht... Die Mächte auch auf dem Balkan nicht mächtiger, als sie es in ihrer Ohnmacht sind.

Deutsches Reich.

* Zur Stichwahl in Vorna-Begau. Daß in der Stichwahl von Vorna-Begau auch zahlreiche Nationalliberale sozialdemokratisch gewählt haben, wird jetzt auch von den

Konservativen zugegeben. Ein Leipziger Arzt führt in einer Zeitschrift an die konservative „Deutsche Tageszeitung“ unter anderem aus: „Über den Wahlausfall in Vorna-Begau werden in der Presse Erörterungen angestellt, die den Tatsachen nicht entsprechen. Zunächst wird die Schuld an dem beauerlichen Ausfall überall der fortschrittlichen Volkspartei zugeschoben, während die nationalliberalen Wähler ihre Pflicht getan haben sollen. Leider entspricht das in keiner Weise den Tatsachen, wie auch am Abend nach der Wahl sofort festgestellt wurde! Vielmehr muß festgestellt werden, daß gerade überall da, wo die nationalliberalen Vereine ihre Organisation ausgebaut haben, die Wähler in der Stichwahl am meisten versagt haben. Dagegen gewann v. Liebert gegenüber der Stichwahl von 1912 in wenig 12 Stimmen und Anstiel verlor 31! Wenig ist aber die Hochburg des Freisinn! Dazu kommt, daß in den Dörfern, die von den nationalliberalen Vereinen in Golditz, Rodlitz und Lausitz aus bearbeitet wurden, sowohl die Sozialdemokratie in der Hauptwahl stark zunahm, als auch die liberalen Wähler bei der Stichwahl ganz besonders versagten!“ — Diese Mitteilungen werden zahlenmäßig genau bestätigt. Das Organ des Bundes der Landwirte bemerkt recht gedrückt hierzu: „Wir geben diese Mitteilungen wieder, ohne sie uns zu eigen zu machen. Ob wirklich nationalliberale Wähler den Sozialdemokraten gewählt haben, wird sich kaum beweisen lassen, da man bei den einzelnen abgegebenen Stimmen nicht wissen kann, ob sie von fortschrittlicher oder nationalliberaler Seite herrühren. Sollten aber auch wirklich nationalliberale Wähler für die Sozialdemokraten gestimmt haben, so würde die nationalliberale Parteileitung als solche dafür billigerweise nicht verantwortlich gemacht werden können.“

L. U. Der „Berliner Morgen-Zeitung“, die am 1. April ihr 25jähriges Bestehen feiern konnte, hat auch Abg. Dr. Kaumann einen Begrüßungsartikel gesandt. Er wendet sich hier besonders gegen die sogenannten parteilosen Zeitungen und sagt: „Das, was sich Parteilosigkeit nennt, ist im Grunde nur ein geschicktes Schwimmen mit der Tagesströmung. Es fehlt dabei die Tapferkeit, auch einmal bei schlechtem Wetter den Kopf oben zu behalten. Solche Parteilosigkeit ist eine Verderberin der Staatsbürgermeinung, denn durch sie entsteht kein Wille, kein Nationalgefühl, keine politische Kraft. In diesem demagogischen und farblosen Sinne hat die „Berliner Morgen-Zeitung“ ihre Aufgabe nie aufgegeben. Sie war und blieb ein liberales Blatt, mochte die freilebende, fortschrittliche Politik gute oder schlechte Tage haben. Das ist es, was den 25. Jahrestag ihrer Gründung auch für den liberalen Politiker wertvoll macht. Nicht deshalb sprechen wir einen Glückwunsch aus, weil 25 Jahre lang Papier bedruckt wurde, sondern weil in dieser Zeit ein tapferer Kampf gekämpft wurde.“

* Deutschlands Handelsverkehr mit der Türkei. Nach der neuen türkischen Handelsstatistik steht Deutschland in Einfuhr und Ausfuhr der Türkei an fünfter Stelle (hinter England, Österreich, Frankreich und Italien), während die Dreibundstaaten in der Einfuhr der Türkei hinter denen der Tripelallianz nur um ungefähr 4 Prozent zurückstehen.

* Die Polen im Westen. Nach einem zahlenmäßigen Nachweis des „Viel Rom“ waren im rheinisch-westfälischen Industriebezirk im Jahre 1891 nur 31 561, im Jahre 1910 bereits 806 218 Polen beschäftigt. Bemerkenswert erscheint, daß in derselben „Feststellung“ die Städte Berlin und Potsdam als die „polnischsten des deutschen Westens“ bezeichnet werden.

* Ein Bismarck-Denkmal im Schwarzwald. Auf dem Sand im nördlichen Schwarzwald wird im nächsten Jahre ein Bismarck-Denkmal errichtet werden. Das Denkmal soll nach einem Entwurf des Karlsruher Bildhauers Professor Sauer ausgeführt und zur Feier des 100. Geburtstages Bismarck im Jahre 1915 enthüllt werden.

* Verstaatlichung der Nürnberger Polizei. Von der bayerischen Staatsregierung wird die Schaffung einer königlichen Polizeidirektion für Nürnberg erwogen. Die Finanzfrage wegen Übernahme der bisher von der Stadtgemeinde Nürnberg ausgeübten Polizei bietet allerdings noch Schwierigkeiten.

* Weiterer Rückgang der Sterblichkeit an Tuberkulose. Nach den Berechnungen des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts ist die Sterblichkeit an Tuberkulose im Jahre 1913 weiterhin zurückgegangen. Es starben in Preußen 1912 noch 59 811, im Jahre 1913 dagegen 56 583 Personen, im Jahre 1913 also 3228 weniger. Auf 10 000 Lebende berechnet, stellt sich die Sterblichkeitsziffer, welche im Jahre 1912 noch

14,85 lautete, für das Jahr 1913 nur noch auf 13,50. Vor zwanzig Jahren war die Ziffer mehr als das Doppelte größer.

Heer und Flotte.

* Zur Zaberger Garnisonsfrage. Zu der Meldung eines Berliner Blattes, daß Zabern schon in nächster Zeit als Ersatz für die beiden Bataillone des 99. Infanterie-Regiments zwei Bataillone Infanterie erhalten solle, erzählt Wolffs Telegraphisches Bureau an unterrichteter Stelle, daß die Verlegung neuer Truppenteile nach Zabern nicht in Frage komme. Die Nachricht müsse daher als mäßige Kombination bezeichnet werden.

mp. Für die Militärkapellen. Eine Denkschrift „Die Erhaltung der Militärkapellen — eine Kulturfrage“, verfaßt von dem Chefredakteur Alexander Pfannenstiel der „Deutschen Militär-Kurier-Zeitung“, ist in diesen Tagen den verschiedenen Kriegsministerien, allen bürgerlichen Reichstagsabgeordneten usw. zugegangen. Aus dem Inhalt interessiert besonders das Ergebnis einer Umfrage in den 290 Garnisonsstädten, wo Militärkapellen ihren Standort haben, dahingehend, ob die Kapellanten und die Musikantenvereine am Ort Anlaß zu berechtigten Klagen über die Militärkonkurrenz haben. Trotzdem eine ganze Reihe von Stadtbeförden eine Antwort auf eine derartige private Anfrage grundsätzlich ablehnten, so daß das Resultat der Erhebung lidenhaft bleiben mußte, so haben sich doch im ganzen 178 Städte bündig darüber ausgesprochen. 163 davon haben die Frage verneint, nur 15 dahin bejaht, daß Klagen beständen, die jedoch von nur vier privaten Vereinen und von zwei Magistraten als berechtigt bezeichnet worden sind.

Ersatz für das Fliegerkorps. Die Fliegerverwaltung bedarf zum Ersatz für ihr aktives Fliegerkorps ausgebildeter Fliegerführer aus dem Wehrdienststande und junger Leute, die bereits bei ihrem Eintritt in die Fliegertruppe über die notwendigen flugtechnischen Kenntnisse verfügen. Das Kuratorium der Nationalflugschule zieht deshalb für die Ausbildung zu Fliegerführern folgende drei Personengruppen in Betracht: 1. Personen mit abgeschlossener Bürger- oder Mittelschulbildung, die nach militärischem Zeugnis voraussichtlich militärlauglich sind, noch nicht gedient haben und sich verpflichten, zur Ableitung ihrer Dienstpflicht in die Fliegertruppe einzutreten. 2. Personen im Alter bis zu 35 Jahren, die in ihrem militärischen Verhältnis Gefreite, Unteroffiziere, Referentoffiziere, Referentoffiziersaspiranten sind, sich verpflichten, in ihrem Wehrdienstverhältnis zur Fliegertruppe überzutreten und dort auf Verlangen der Militärbehörde im Laufe der nächsten zwei Jahre jährlich zwei dreiwöchige Übungen abzuleisten. 3. Personen im Alter von über 35 Jahren, die, ohne jede Rücksicht auf ihr militärisches Verhältnis, infolge technischer Vorbildung oder aus sonstigen Gründen besonders geeignet scheinen. Hierbei wird vor allem auf Schüler von technischen Hoch- und Mittelschulen, Konstruktoren usw. Bedacht genommen. Durch Ersatz vom 11. März 1913 haben die preussischen Minister des Krieges und des Innern bestimmt, daß auf Grund des § 89,5 (Militärparagraf) der Wehrordnung auch solche junge Leute zur erleichterten Prüfung für den Einjährig-Freiwilligen-Dienst zugelassen werden dürfen, die sich auf dem Gebiete des Flugwesens besonders ausgezeichnet oder Hervorragendes darin leisten. Die Erfüllung dieser Voraussetzung ist von den Venerabern durch ein von dem Kuratorium der Nationalflugschule in Berlin ausgestelltes Zeugnis nachzuweisen. Ferner können Einjährig-Freiwillige nach Ablauf des ersten Halbjahres ihrer aktiven Dienstzeit bei einem anderen Truppenteil mit Genehmigung der Generalinspektion des Militärverkehreswesens in die Fliegertruppe versetzt werden.

Ein neuer Turbinenkreuzer. Über den Kreuzer „Ersatz Irene“, der auf der Weserverft bei Stöpelingen zum B. d. R. für den Stapellauf bestimmt worden ist, können wir heute bereits nachstehende authentische Angaben machen: Der Kreuzer „Ersatz Irene“ wird nur eine Wasserdrängung von 4900 Tonnen aufweisen, welches Displacement bereits die im November 1912 zu Wasser gebrachten Turbinenkreuzer „Karlruhe“ und „Rostock“ besaßen. Nichtsdestoweniger wird der Kreuzer „Ersatz Irene“ vielfache wertvolle Verbesserungen erhalten, wie die gleich großen bereits zu Wasser gebrachten Schwesterkreuzer sie noch nicht aufweisen. Für das Schiff sind zwei Schrauben angeordnet worden. Ein Teil der Kessel ist auf Dampfheizung eingerichtet worden. Nachdem auch der Beschungsplan der kleinen Kreuzer mit jedem neuen Typ in den letzten Jahren vergrößert werden

Aus Kunst und Leben.

— Die Herkomer Wagner malte. Oubert Herkomer hat einmal, wie der „Voss. Ztg.“ geschrieben wird, selbst erzählt, wie er Richard Wagner gemalt hat. Es entbehrt nicht einiger Komik. Richard Wagner war nach England gekommen, um dort zum ersten Male zu dirigieren. Die Wagner-Schwärmer verfolgten ihn und drangen zugleich in Herkomer, den großen Landsmann zu malen. Aber der auch ohnedies stets so aufgeregte Wagner war infolge seines Debüts auf englischem Boden noch aufgeregter und wies jeden Versuch, ihn zu einer Sitzung zu bringen, zurück. Herkomer ließ ihn nicht aus den Augen; er blieb ihm den ganzen Tag über zur Seite, bei den Mahlzeiten, bei den Proben. Trotzdem mißlang es, den Unruhigen zum Sitzen zu bringen. Endlich machte sich Herkomer daran, ihn so zu malen; er erhob sich in früherer Morgenstunde, zeichnete den ganzen Tag, schlief nur wenige Stunden, stand wieder in aller Morgenfrühe auf, bis er am Abend des zweiten Tages erschöpft vor dem fertigen Bilde niedersank. Endlich gelang es, Wagner zu attrappieren, daß er sich im Bilde sah. Der große Komponist schlug entzückt die Hände über dem Kopf zusammen und sagte: „Wunderwoll! Genau so — würde ich furchtbar gern aussehen!“

* Eine eiserne Kugel. Es war eine Kugel aus dem 16. Jahrhundert. Sie hing bis vor kurzem im Rüsturm des Dorfes Niedergwehren bei Aassel, wo die Brüder Grimm sich von der alten Frau Viehmann einstmalig ihre schönsten Märchen erzählen ließen. Die Kugel war kunstvoll verziert mit Reliefs, die Johannes den Täufer im härenen Gewand und den Heiligen zwischen den beiden Schächern darstellten. Zu den Füßen Christi sah man Maria Magdalena, die das Kreuz umschlang. Eine Inschrift am Halse der Kugel besagte, daß sie die Welt so da hing und von Meister Martin Behn im Jahre 1573 gegossen war. Fast dreieinhalb Jahrhunderte hat sie der Gemeinde gehört. In den Stürmen des Dreißigjährigen Krieges hat ihr eiserne Mund oft die Be-

wohner in den stark besetzten Rüsturm gerufen, wenn feindliche Haufen in Anmarsch waren. Auch für das noch Raffel war ihr Sturzmal manchmal von Bedeutung, war doch der Zwergener Turm die vorgeschobene Barrikade der Stadt. Noch lange hätte die alte Glode mit ihrem Klang die Geschicke der Gemeinde begleitet können. Denn sie war untadelig erhalten, ein richtiges, unverwundliches Meisterstück alter deutscher Glockenkunst. Darum hat sie auch vor einigen Jahren der Bezirkskonservator in sein amtliches Inventar der Kunstdenkmäler aufgenommen. Der Denkmalschutz ist eine schöne Einrichtung, aber nicht immer ein wirklicher Schutz. Eines Tages sollte die schwarzblau glänzende Kugel eine junge Genossin erhalten, und das wurde ihr gefährlich. Statt die neue Glode auf den Ton der alten abzustimmen, verfuhr man umgekehrt und ließ das Wert Martin Behns in den Schmelztiegel wandern. Das Original von unfundlichem Wert war damit vernichtet. Aber der Gießer des zwanzigsten Jahrhunderts wollte zeigen, daß er auch etwas Rechtes konnte: seine Glode ist eine annähernd getreue Kopie der früheren Genossin. Für den Schein des Alters ist mit einer künstlichen Patina gefolgt, und Nachbildungen der alten Inschriften und Hierate vollenden die Täuschung. So liegt man jetzt auf der Arbeit von 1914 die nette Lüge: „Martin Behn goß mich 1573.“ — So geschehen nach der „Köln. Ztg.“ im Reitalter des Denkmalschutzes in der Kirche von Niedergwehren, wo im vorigen Jahre, wie man sich erinnern wird, bei einem Umbau wertvolle gotische Wandgemälde mit der nämlichen Pietätlosigkeit vernichtet wurden. Niedergwehren will wohl Schilde und Schuppenhülle ihren Namen freitig machen?

Kleine Chronik.

Gibende Kunst und Musik. Die 100. Aufführung des Chorwerkes „Der Kinderkreuzzug“ von Gabriel Pierné wird am 23. Juni 1914 in Köln als Festkonzert in der Deutschen Werkbund-Ausstellung unter Leitung des Generalmusikdirektors Fritz Steinbach bei Anwesenheit des Komponisten gefeiert.

und nur noch kurze Zeit bei anbrechender Nacht tief im Westen, und zeitig sinkt auch der benachbarte Sirius unter den Horizont, während es der über ihm zu findende Prokion mit dem Untergange noch nicht so eilig hat. Höher darüber treffen wir auf Antor und Pollux in den „Zwillingen“, hoch im Süden auf Regulus im „Löwen“. Den Südosten schmückt die Spica in der „Jungfrau“, den Osten in halber Reithöhe der Aktur im „Bockes“, unter dem die „Krone“ strahlt. Der Nordosten gehört der „Leier“ mit Wega und dem „Schwan“ in der Mischtrage, die sich von hier in starker Neigung zum Nordwesthorizont über „Cassiopeja“ im Norden und über „Perseus“, „Aurmann“ und „Elter“ im Nordwesten und Westen, zwischen „Orion“ und „Zwillingen“ herab zum Südwesthorizont wölbt. — Der bei weitem größte Teil der Fixsterne leuchtet nach menschlichem Zeitmaß gemessen, immer mit dem gleichen Lichte; es gibt aber eine große Menge Sterne, die einen Wechsel ihrer Helligkeit zeigen. Man teilt diese veränderlichen Sterne in vier Klassen ein: 1. neue oder temporäre Sterne, 2. Sterne, deren Lichtwechsel nach Dauer und Verlauf sehr unregelmäßig ist, 3. Sterne mit beständigem Lichtwechsel, dessen Periode nach Dauer und Verlauf bestimmt ist (Delta Cephei, Mira Ceti und Beta Aurae-Typus) und 4. Sterne, deren Lichtwechsel nach ganz bestimmten Zeitabschnitten eintritt (Algol-Typus). Am bequemsten zu beobachten ist Algol im „Perseus“; er bleibt während zweier Tage 11,5 Stunden unbedeckt, 2. Größe, nimmt dann innerhalb vier Stunden bis zur 4. Größe ab, behält dieses Minimum 1/4 Stunde und nimmt darauf in 4 Stunden wieder bis zur 2. Größe zu. Solche Algol-Minima, die man durch den Vorübergang eines dunklen Körpers erklärt, ereignen sich im April zu folgenden Beobachtungszeiten: am 3., um 4 Uhr 22 Minuten vormittags, am 6., um 1 Uhr 10 Minuten vormittags, am 8., um 9 Uhr 20 Minuten nachmittags, am 11., um 6 Uhr 48 Minuten nachmittags, am 26., um 2 Uhr 53 Minuten vormittags und am 28., um 11 Uhr 42 Minuten nachmittags.

A. St.

mußte, wird der „Erfach Irene“ nur eine Besatzung von 384 Köpfen erfordern. Die Indiensthaltung dieses neuesten kleinen Kreuzertyps wird sich mithin recht ökonomisch bei gesteigertem Gefechtswert stellen.

Seefahrten aus binnenländischen Anstalten. Die Haupt-Ladetenanstalt Großlichterfelde führt seit 1911 der Marine jährlich eine Anzahl Seefahrten zu. Damals hatten 21 junge Leute dort ihre Ausbildung erhalten. Später fandte auch das sächsische Kadettenkorps Jünglinge zur Marine. Jetzt ist die Einstellung des Seeoffiziersjahres für 1914 beendet. Es sind rund 800 Seefahrten angenommen worden. Beide binnenländischen Anstalten stellten 82 gegen 26 im Vorjahr. Die Neuerung hat sich sehr bewährt. Die Seefahrten erhalten ihre erste militärische Ausbildung je zur Hälfte in Flensburg und in Kiel; bisher erfolgte sie für alle an der Marineschule in Flensburg-Mürwik. Aus den Seefahrten eines jeden Schulkreuzers wird ein Mannschiffsverband unter einem Kompanieführer gebildet, die Verbände für „Dineta“ und „Victoria Luise“ in Flensburg, die für „Herta“ und „Dania“ in Kiel. Die Ausbildung dauert bis zur Einschiffung um den 10. Mai.

Veraltete Kriegsschiffe. Im letzten Jahrzehnt sind 50 Kriegsschiffe getrichen worden. Es waren 10 Panzerschiffe, deren Bau noch bis in die Zeit der Norddeutschen Marine zurückging, 15 Kreuzer, 12 Panzerkanonenboote uhm. Alle diese Schiffe und Boote waren völlig aufgebraucht und veraltet. Es ist dadurch eine wesentliche Verjüngung des schwimmenden Materials eingetreten, die nicht nur im Interesse der Sicherheit des Personals liegt, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Flotte erhöht. Nur ein kleiner Teil der abgestellten Schiffe ist zum Abwracken verkauft worden, die meisten haben als festliegende Schul- und Kasernenschiffe, als Mannschiffschiffe, Kohlen-, Werkschiffe und Fischschiffe Verwendung gefunden. Der jetzt getrichene Kreuzer „Irene“ dient als Kasernenschiff für Unterseebootmannschaften in Kiel, der ebenfalls getrichene „Mars“ als Wohnschiff für 700 Mann der Nordflottilie.

Post und Eisenbahn.

Neue Bahnlinien in Baden. Der Voranschlag des badischen Eisenbahnministers fordert für Neubauten in Baden für die Jahre 1914 und 1915 5,7 Millionen Mark für zehn neue Bahnlinien, darunter im Schwarzwald Bahnen von Oppenau nach Griesbach, von Titisee nach St. Blasien und von Wolfach nach Rippoldsau.

Deutsche Schutzgebiete.

— Das Urteil eines Oberstabsarztes über die Mission. Über die Notwendigkeit der christlichen Mission für die Kolonisation spricht sich der Oberstabsarzt Dr. Dempsch, der lange Jahre in unseren deutschen Kolonien tätig war, auf Grund seiner Erfahrungen und Beobachtungen neuerdings im evangelischen Missions-Magazin aus. Das Urteil dieses Arztes ist infolgedessen besonders interessant, als er nicht nur die äußere Zivilisationsarbeit der Mission würdigt, die nachgerade von allen maßgebenden Seiten anerkannt wird, sondern gerade die religiöse Erneuerung der niederen Klassen als die viel wichtigere Kulturarbeit für die Kolonien betont. Drei Gedankenreihen führen ihn zu diesem Schluss: 1. Die Völkerpsychologie lehrt uns, daß der tiefe Kulturzustand aller Naturvölker auf ihren religiösen Vorstellungen beruht und mit ihnen innig verwachsen ist. 2. Die Erfahrungswissenschaft zeigt, daß die niedrigen Religionen die Leute unfähig machen, sich unsere abendländischen Kulturgüter anzueignen, ja, daß auch der Untergrund ihres eigenen primitiven Wirtschaftslebens durch religiöse Hochkultur untergraben wird. 3. Endlich ist es aus der Geschichte nachweisbar, daß nur eine höhere Religion die seelische Empfänglichkeit für unsere abendländische Kultur bieten kann und daß als solche allein das Christentum in Frage kommt. — Die Ausführungen Dr. Dempsch's gliedern in den Worten: „Das Christentum löst den einzelnen Eingeborenen aus der kommunistischen Gebundenheit der Sippe und erhebt diese Zusammengehörigkeit durch die der christlichen Gemeinde und Familie, welche wie als Keimzelle und Vorstufe des staatlichen Aufbaues ansetzen. Die Religion der Liebe befreit den Farbigen von den Grauseln des Kannibalismus, des Kindermordes, der barbarischen Wut. Von Zauberei und Wespenstichfurcht befreit, wird der Eingeborene für europäische Heilkunst und Gesundheitspflege zugänglich. Nicht mehr abhängig von den Launen seiner Götzen, lernt er das natürliche Weltgeschehen vernünftig begreifen; nicht mehr behindert durch die Fesseln der Tradition, kann er die wirtschaftlichen Neuerungen prüfen, früher mit Scheu vermiene Einrichtungen begreifen und bisher verworfene Geräte annehmen. Erst wenn dem religiösen Verlangen gegeben wird, was ihm gebührt, Gewißheit über das Seelenheil, kann der Verstand sich mit voller Kraft der irdischen Lebensarbeit widmen, kann er in Schulen dem europäischen Unterricht folgen und für das wirkliche Leben den klaren Blick gewinnen. So kann das Christentum den Eingeborenen neue Ideale an Stelle der durch uns Weiße unbewußt gestörten bringen.“

Die Gorillajagd in Kamerun. Eine Bekanntmachung des Gouverneurs von Kamerun über die Jagd auf Gorillas wird im „Deutsch-Kolonialist“ veröffentlicht. Danach erhalten diejenigen Bezirksämter und Stationen, in deren Bezirken der Gorilla durch sein Auftreten eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bildet, die Befugnis, Gorillas, soweit die Umstände dies erfordern, abzuheben zu lassen. Die Waffen und Skelette sind, soweit möglich, zu präparieren und an das Gouvernement einzusenden. — Zugleich mit dieser Bekanntmachung veröffentlicht das „Kolonialist“ eine Anweisung des Dr. Meischenow zur wissenschaftlichen Bewertung erlegter Gorillas. Es heißt darin u. a.: Zur Klärung der Frage, ob der Gorilla Träger von Krankheitskeimen des Menschen (Malaria, Schlafkrankheit, Filariae) ist, sind Blutpräparate, so wohl dünne Ausstriche als auch dicke Tropfenpräparate herzustellen.

Zur Erforschung der Schlafkrankheit. Zum Studium der Schlafkrankheit in Kamerun ist Oberstabsarzt Professor Dr. Klein, der langjährige Leiter der Schlafkrankheitsbekämpfung in Deutsch-Ostafrika, nach Kamerun abgereist. Er soll im Auftrage des Reichskolonialamtes den dortigen Stand der Schlafkrankheit untersuchen und dem Reichskolonialamt darüber berichten. Professor Dr. Klein, der bereits an der Schlafkrankheitsexpedition Robert Koch teilgenommen hat, ist seit 1905 mit kurzen Unterbrechungen für die Schlafkrankheitsbekämpfung in Deutsch-Ostafrika tätig gewesen. Was er dort geleistet hat, zeigen seine Erfolge. Am Viktoriassee ist die Schlafkrankheit so gut wie ausge-

rottet. Zugänge an neuen Erkrankungen sind nur noch ganz vereinzelt. Nicht so günstig steht es am Tanganjikasee, wo allerdings durch die Ausdehnung der 700 Kilometer langen Küste, die dem Verkehr fast überall verborgene Schlupfwinkel bietet, der Bekämpfung große natürliche Hindernisse entgegenstehen. Immerhin ist man wohl berechtigt, zu sagen, daß auch hier die Hauptgefahr beseitigt ist, und daß die Schlafkrankheit auf der deutschen Seite des Sees ihren Höhepunkt überschritten hat. Die Zahl der Zugänge an Schlafkranken, die bisher mehrere Tausende jährlich betrug, hat in letzter Zeit wesentlich nachgelassen. Der Erfolg der Arbeit am Tanganjikasee wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, Neueinschleppungen und Verschleppungen zu verhindern, was durch die gänzlich unbefriedigenden Zustände im belgischen Kongo außerordentlich erschwert wird.

Ausland.

Frankreich.

Eine Rede Barthou's. Paris, 3. April. Auf Einladung der republikanisch-demokratischen Alliance hielt der frühere Ministerpräsident Barthou in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung eine Rede, in der er das Programm des Verbandes der Linken darlegte, die Politik der Vereinigten Radikalen scharf kritisierte und seine bisherige Haltung in der Rochette-Angelegenheit rechtfertigte. Mit großem Nachdruck verteidigte Barthou am Schluss das Dreijahresgesetz, indem er u. a. sagte: Ich muß da eine Erklärung abgeben, deren ganzen Ernst ich wohl fühle. Ich sage da nur, was ich mit vollster Bestimmtheit weiß. Ich habe die äußere Lage genau geprüft und die Berichte unserer Vorgesetzten sowie die Berichte unserer Generalstabes genau gelesen. Ich weiß, daß die Berichte unserer Vorgesetzten und des Generalstabes sich nicht geändert haben. Ich weiß, daß unsere Vorgesetzten, welche mit den befreundeten Mächten in enger Fühlung sind, erklären, daß das Dreijahresgesetz zur Sicherung unserer Freundschaften und Bündnisse aufrechterhalten werden müsse. Ich weiß, daß unsere Vorgesetzten bei den anderen Mächten, welche nicht abdrücken und ihre Streitkräfte vermehren, sagen, daß es verbroderlich wäre, an dem Gesez über die nationale Verteidigung zu rühren.

Rochette in London. Paris, 3. April. Dem „Journal“ wird aus London berichtet, daß Rochette sich noch vor drei Tagen daselbst aufgehalten habe. Einer seiner ehemaligen Angestellten habe ihn auf der Straße getroffen und sich längere Zeit mit ihm unterhalten. Rochette habe dabei nicht die geringste Beunruhigung an den Tag gelegt.

England.

Empfang beim deutschen Votschaster. London, 3. April. Der deutsche Votschaster und Fürstin Bismarck haben gestern einen großen Empfang gegeben, zu dem zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonie geladen waren.

Der neue Generalstabchef. London, 3. April. Nach der „Times“ ist General Sir Douglas als Nachfolger von General French zum Chef des Generalstabes ernannt worden.

Italien.

Ankauf von Dreadnoughts in England. London, 3. April. Hier erhält sich ein Gerücht, daß die italienische Regierung, die bereits sehr weit gekommen sein sollen, zwischen der italienischen Regierung und zwei großen englischen Werften gepflogen werden, die auf den Ankauf von zwei im Bau befindlichen Dreadnoughts hingingen, die ursprünglich für einen südamerikanischen Staat bestimmt waren.

Rußland.

Die Getreideausfuhr für Finnland. Petersburg, 2. April. Die Duma-Kommission für Handel und Industrie lehnte den finnischen Antrag, die Frage der Verzollung des ausländischen Exportgetreides für Finnland dem finnischen Landtag zur Entscheidung zu überlassen, ab. Somit ist die Einführung des Zolles für das Großfürstentum entschieden. Diese Zollmaßnahme richtet sich bekanntlich gegen Deutschland, das in großen Quantitäten Getreide und Mehl nach Finnland exportiert.

Der Kampf gegen die Trunksucht. Petersburg, 3. April. Der Minister des Innern hat an die Gouverneure ein Rundschreiben gerichtet, in dem er alle ihnen unterstellten Beamten auffordert, gemeinsam mit den anderen Staatsbeamten den in dem Reskript des Finanzministers angefügten Willen des Kaisers zu verwirklichen und die Trunksucht schonungslos und wirksam zu bekämpfen.

Balkanstaaten.

Die Auswanderung der Mohammedaner. Saloniki, 3. April. Die Auswanderungsbewegung unter den Mohammedanern hält an. Seit Oktober vorigen Jahres verlassen rund 130 000 Mohammedaner die neuen serbischen, bulgarischen und griechischen Gebiete. Alle Versuche, die Auswanderung aufzuhalten, sind erfolglos geblieben.

Mexiko.

Das Schreckensregiment. New York, 3. April. Der „New York Herald“ erhielt eine Depesche aus Veracruz, in der erklärt wird, daß die Lage in Mexiko an die Zeiten der Schreckensherrschaft erinnere. Bei einer Studentenmanifestation griff die Polizei in brutaler Weise ein, schoß auf die jungen Leute und tötete zwei von ihnen. Acht andere wurden am nächsten Morgen verhaftet und ohne weitere Umstände auf einen Rasenplatz geschleppt und dort erschossen. Die Regierung macht außerordentliche Anstrengungen, damit die Wahrheit nicht an die Öffentlichkeit kommt. Flüchtlinge aus Tampico berichten, daß die Stadt schon seit 8 Tagen ohne Wasser ist, und daß sich in den Straßen ungläubig widerwärtige Szenen abspielen. Man befürchtet den Ausbruch einer allgemeinen Epidemie. Eine Anzahl von Blattern-erkrankungen ist bereits zu verzeichnen. Tampico ist von den Rebellen eingeschlossen, die jedoch noch keinen Angriff auf die Stadt unternommen haben. Auf dem Panafokus liegt ein Kanonenboot Quercas, das von Zeit zu Zeit über die Stadt hinweg die Stellungen der Rebellen beschießt. Die von Quercas zum Entsch von Torreón abgesandten Streitkräfte befinden sich selbst in kritischer Lage. Der General de Torre ist kurz vor Torreón auf eine größere Truppenmacht der Rebellen gestoßen und liegt mit ihr im Gefecht. General May hat telegraphisch den Befehl erhalten, sofort mit 1800 Mann von Saltillo zur Unterstützung der Durres loszumarschieren. Allgemein wird die Haltung Quercas bewundert, der nicht die geringsten Besorgnisse an den Tag

legt und gestern im Parlament eine Rede hielt, in der er an den Patriotismus der Mexikaner appellierte, wobei ihm donnernder Applaus zuteil wurde.

Südamerika.

Das Bräutigamspaar Heinrich in Chile. Santiago de Chile, 3. April. Das Bräutigamspaar Heinrich von Preußen besuchte gestern die deutschen Anstalten. Hierauf gab der deutsche Gesandte ein Frühstück, dann statteten die Fürstlichkeiten mit militärischem Gefolge dem Präsidenten einen Besuch ab, den der Präsident mit seiner Gemahlin erwiderte. Abends fand im Palais des Präsidenten ein Festbankett statt, an dem die Minister mit ihren Damen und das diplomatische Korps teilnahmen. Hierauf brachte die deutsche Kolonie einen Festspruch mit Willkommensworten, dem die Fürstlichkeiten und der Präsident vom Palais aus zusahen.

Katholische Genossenschaften als Träger des Deutschtums. Wenig bekannt ist es nach den „Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland“, in welchem Umfang kirchliche Körperschaften beider Konfessionen im Ausland deutschnationale Pflichten erfüllen helfen. So hat auf katholischer Seite die Lehr- und Erziehungsgenossenschaft der Maristen sowohl in Porto Alegre wie im Innern des Staates Rio Grande do Sul sechs blühende deutsche Schulen ins Leben gerufen, von denen die Schule in der Hauptstadt nicht weniger als 300 Knaben deutscher Abstammung zählt. Von dem Mutterhaus der katholischen Kongregation in Grugiasco aus werden in diesen Tagen fünf junge deutsche Lehrer nach Samoa entsandt, um die Organisation der dort bereits bestehenden zwei Schulen durch frische Kräfte zu ergänzen und weitere neue Anstalten zu begründen.

China.

Die künftige Verfassung. R. Peking, 3. April. Der Konvent für die Abänderung der provisorischen Verfassung hat einstimmig die Amendements angenommen, die von dem Präsidenten Yuanfuchai beantragt wurden. Der Konvent entwarf tatsächlich eine neue Verfassung, die dem Präsidenten eine so gut wie diktatorische Gewalt überträgt. Man nimmt an, daß die Verfassung eine Wiederherstellung der Dynastie der Mandschu bezwecken werde, da diese sonst von Yuanfuchais Nachfolger ignoriert werden könnte. Die unzufriedenen Parteien im Süden haben sich an die Waffenhandlungen von Schanghai gewandt, um sehr bedeutende Mengen von Gewehren und Munition zu erhalten. Britische Firmen haben die Lieferung abgelehnt.

Sitzung der Stadtverordneten.

— Wiesbaden, 3. April.

Anwesend sind 43 Stadtverordnete.

Den Vorsitz führt Justizrat Dr. Alberti, der zunächst Kenntnis gibt von einem Schreiben des Bürgervereins „Johannistift“, der seinen Dank abstattet für die Gewährung einer Hypothek.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Einführung und Verpflichtung des Beigeordneten Dr. Gustav Geh.

Oberbürgermeister Gläffing begrüßt den neugewählten und vom König bestätigten Beigeordneten auf das herzlichste und führt ferner aus: Seither gehörten Sie der Verwaltung eines Staates an und treten nun in eine zwar mit dem Staat sehr verwandte, aber in sich ganz anders geartete Verwaltung ein. Ich glaube annehmen zu sollen, daß Sie in der Stunde des Abschieds von der Verwaltung, der Sie so lange angehörten, den Gedanken erwohnen haben, ob Sie Ihre Tätigkeit, in die Sie eintreten, auch vollkommen erfüllen werden und die Hoffnungen, die man auf Sie setzt, auch erfüllen werden. Ich glaube, Sie darüber beruhigen zu können. Wenn auch der Dienst in der kommunalen Verwaltung anstrengender und aufreibender als der in der Staatsverwaltung ist und wir im Mittelpunkt der lokalen Kritik stehen, so ist auf der anderen Seite nirgends mehr Dankbarkeit und Anerkennung vorhanden für Verdienste und Leistungen, als innerhalb des städtischen Gemeinlebens. Sie sind uns gut empfohlen von der hiesigen Staatsverwaltung. Sie haben dort Gutes geleistet, und wir sind überzeugt, daß Sie auch hier alles tun werden, um sich dankbare Anerkennung zu sichern und das Vertrauen rechtzertigen, das man Ihnen durch Ihre Wahl entgegenbringt.

Beigeordneter Dr. Geh leistet darauf den vorgeschriebenen Dienst. Er wird dann auch von dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Alberti herzlich willkommen geheißen in der Hoffnung, daß seine Arbeit für die Stadt eine segensreiche und gedeihliche sein möge. Beigeordneter Dr. Geh dankt für die Begrüßung und seine Wahl und das ihm dadurch erwiesene so ehrenvolle Vertrauen. In dieser für ihn so bedeutungsvollen Stunde verspricht er, das ihm anvertraute Amt gewissenhaft zu erfüllen und bittet, ihm jederzeit das jetzt bewiesene Entgegenkommen zu schenken.

Nach der

Gesamtabrechnung über die Neubauten und die Einrichtung der Leichenverbrennungsanlage auf dem Südfriedhof

sind dafür 527 000 M. aufgewendet worden, u. a. für die Leichenverbrennungsanlage 51 435 M., für das Verwalterhaus, das Wirtschaftsgebäude und die weltliche Einfriedigung 88 070 M., für das Leichenhaus, die Obduktionsräume und die geistliche Einfriedigung 107 346 M. 55 Pf., für die Trauerhalle 107 346 M. Für die Trauerhalle wurden von ungenannter Seite 20 000 M. für die Ausmalung und von dem „Verein für Feuerbestattung“ 3650 M. für die Orgel gestiftet, wofür der Dank der Bürgerschaft bezeugt wird. Die Leichenverbrennungsanlage verursachte, da nachträglich das verbesserte Schneidersche Ofensystem gewählt wurde, 8400 M. Mehrausgabe. Diese wie die ganze Abrechnung wird auf Antrag des Bauausschusses (Referent: Stadtverordneter Schwann) genehmigt.

Stadtverordneter Finf berichtet über die Bewilligung von 5050 M. zur

Vornahme baulicher Verbesserungen auf dem Südfriedhof. Es hat sich herausgestellt, daß die Trauerhalle mitunter die Teilnehmer an Trauerfeierlichkeiten nicht alle zu fassen vermag. Seither schon wurde der Verbindungsweg zwischen der Halle und dem Leichenhaus bei Trauerfeiern mißbraucht; er soll nun zu einem geschlossenen Raum umgestaltet werden, und zwar durch Verglasung auch der zweiten, jetzt offenen Seite. Ferner soll die Trauerhalle einen direkten Eingang von der Südseite aus erhalten und auf der dem Friedhof zugewandten Seite soll ein Ausgang mit einer Rampe angebracht werden, um auch Begünstigten die Teilnahme an Trauerfeierlichkeiten zu ermöglichen. Die Kosten für die

Vergütung betragen 1450 M., die für den Ein- und Ausgang und die Lampe 1950 M. Weiter werden 1650 M. für die Erweiterung und Verbesserung der maschinellen Einrichtung bei der Kremation

verlangt. Der Bauausschuß konnte sich auch hier der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Arbeiten notwendig sind. Er beantragt die Genehmigung des Projekts und die Bewilligung der erforderlichen Beträge. Seinem Antrag wird stattgegeben.

Für die Errichtung einer Sprengwagenbaracke an der Vorherstraße werden auf Antrag des Bauausschusses, für den Stadtverordneten Rat Wasser berichtet, 2800 M. bewilligt. Der Ausschuß hält die Errichtung für zweckmäßig; die Platzfrage gab zu keinen Ausstellungen Anlaß.

Stadtverordneter Hartmann benutzte die Gelegenheit, um auf

einen groben Schnitzer

hinzuweisen, den er darin findet, daß die Schule an der Vorherstraße einfach „Vorherstraße“ genannt wird. Ähnlich werde mit der Schule am Bückerplatz verfahren; füglich habe er in einem städtischen Bureau sogar einen Plan angefertigt, auf dem die beiden Schulen als „Vorherstraße“ und als „Bückerstraße“ eingezeichnet gewesen seien. Das sei etwas, was nicht vorkommen solle.

Aber den Antrag auf Bewilligung von 7080 M. zur Beschaffung von Läufern für die Wandelhalle des Kurhauses berichtet Stadtverordneter Häfner. Der Finanzausschuß hält die Anschaffung von 908 laufenden Meter Läufer in der Breite von 2 Meter für unbedingt notwendig zur Vermeidung von Unfällen, wie sie in der letzten Zeit wiederholt in der Wandelhalle des Kurhauses vorgekommen sind. Die Kosten sollen aus dem Mehrertrag der Einkommensteuer entnommen werden. Der Ausschuß beantragt, die Vorlage zu genehmigen.

Stadtverordneter Elze hält die Anschaffung zunächst für nicht notwendig, läßt sich dann aber durch die Ausführungen des Bürgermeisters Travers doch von ihrer Notwendigkeit überzeugen. Bürgermeister Travers verweist auf die bekannte, vor einiger Zeit ergangene Reichsgerichtsentcheidung, in der die Stadt für den auf dem glatten Marmorboden der Wandelhalle erlittenen Beinbruch eines Kurgastes deshalb haftpflichtig gemacht wurde, weil die jetzt dort liegenden Läufer nicht breit genug seien. Wenn die Läufer nicht durch breitere ersetzt würden, so werde die Stadt nicht mehr von ihrer Versicherungsgesellschaft geschützt.

Die Stadtverordneten Hartmann und Demmer rügen, daß die Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer für die Kosten in Anspruch genommen werden soll. Sie meinen, das Kurhaus müsse die in seinem Interesse stehenden Aufwendungen selber tragen; sie verweisen auf den Kurhauserneuerungsfonds.

Oberbürgermeister Gläffing macht darauf den Vorschlag, zu beschließen, die 7000 M. einfach dem Erneuerungsfonds zu entnehmen. Der Antrag des Ausschusses wird mit dieser Änderung angenommen.

Der Verein für Erziehung bedürftiger Schulkinder

hat den Antrag auf Erhöhung des bisherigen Zuschusses gestellt. Stadtverordneter Burrucker berichtet darüber. Am 7. April 1913 wurde dem Verein ein jährlicher Zuschuß von 1000 M. bewilligt, jetzt verlangt er eine Erhöhung dieses Zuschusses um 3000 M. Er begründet sein Gesuch mit dem Hinweis auf die Wohlthat, welche die Einrichtung der Schulpflicht für zahlreiche Kinder bedeutet und auf die großen Opfer, die seit der von privater Seite für diesen Zweck aufgewendet worden sind. Im letzten Jahr habe er 27 000 M. aus Privatquellen aufgebracht. Die Anmeldungen seien aber so zahlreich erfolgt, daß trotz der sorgfältigsten Auswahl noch eine große Zahl bedürftiger Kinder hätte zurückgewiesen werden müssen. Der Verein habe seine letzten Reserven aufgebraucht, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Inzwischen sind dem Verein die 1000 M. zugeflossen, die durch das Eingehen der Poliklinik ersetzt werden, so daß er zurzeit 2000 Mark Zuschuß von der Stadt erhält. Der Magistrat beantragt nun, dem Verein ein Drittel der familiären Kosten bis zum Höchstbetrag von 4000 M. jährlich bis auf weiteres zu gewähren, und zwar unter der Bedingung, daß der jeweilige älteste Stadtschulartz die Mitgliedschaft des Vereins erhält und daß auch solche Kinder berücksichtigt werden, deren Vorschlag durch den Schulrat erfolgt. Der Finanzausschuß beantragt, dem Magistratsantrag zuzustimmen. Stadtverordneter Demmer begrüßt zwar den Antrag, bemängelt aber, daß ein Höchstbetrag festgesetzt wird. Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Auf Antrag des Finanzausschusses, für den Stadtverordneter Burrucker berichtet, wird beschlossen, den bisherigen Zuschuß zu den Betriebskosten der Kochschule auf dem Schulberg, die durch eine 8. Abteilung (für die Mädchen der oberen Klassen) erweitert werden soll, um 250 M. zu erhöhen.

Der im Haushaltsplan für 1914 nicht vorgesehene Gehaltsbeitrag für einen Oberlehrer am Lyzeum 1 wird auf Antrag des Finanzausschusses bewilligt. Wie der Berichtshalter Stadtverordneter Glaeser mitteilt, wurde beschlossen, mit Rücksicht darauf, daß bereits mehrere jüngere Herren an der Anstalt tätig sind, diesmal einen älteren, verehrten Oberlehrer anzustellen. Die Wahl ist auf Dr. v. Spandau aus Magdeburg gefallen; die Wahl ist bereits vom Provinzialschulkollegium bestätigt worden.

Der „Reinliche Verkehrsverein“ hat um Bewilligung eines jährlichen Beitrags für die Unterhaltung der von ihm eingerichteten

Schülerherbergen

ersucht. Der Magistrat hat beschlossen, ihm 50 M. jährlich zu gewähren. Der Finanzausschuß, für den Stadtverordneter May Müller berichtet, empfiehlt die Genehmigung des Magistratsbeschlusses. Zurzeit unterhält der Verein 18 Schülerherbergen, die einen von Jahr zu Jahr steigenden Bedarf aufzuweisen haben. Während sie im Jahre 1908 von 2000 Schülern besucht waren, liegt die Zahl der Besucher im letzten Jahr auf 3000! Der Verkehrsverein hatte etwa 8000 Mark aufzubringen. Die rheinischen Schülerherbergen werden auch von Schülern unserer Stadt aufgesucht; der Verein machte darauf aufmerksam, daß seine Mittel nicht ausreichen, um dem steigenden Andrang gerecht werden zu können; die Gefahr liege nahe, daß er die Herbergen nicht mehr kostenfrei zur Verfügung stellen könne, vielleicht müßten sogar einige geschlossen werden. Eine ganze Anzahl rheinischer Städte hat bereits Zuschüsse bewilligt, so Koblenz 50 M. und Neuwied 30 M. Der Ausschuß wies besonders darauf hin, daß das Bestreben des Vereins, die Jugend für die Schönheit der Natur zu begeistern und ihr die Heimat lieb zu machen, unterstützt werden müßte, namentlich, da das ohne Rücksicht auf den Unterschied des Standes geschehe.

Als Armenpflegerin für den 10. Armenbezirk wurde die Lehrerin Fräulein Anna Held gewählt.

Auf Antrag der Stadtverordneten v. Dreifing, Gegenhardt, Elze, Friedländer, Burrucker und Jörn wird die

Erfassung für ein Mitglied des Magistrats mit 22 gegen 21 Stimmen veragt.

Die Antragsteller begründen den Antrag, indem sie darauf aufmerksam machen, daß noch keine Vorbesprechungen stattgefunden haben.

Schluß der öffentlichen Sitzung um 5¼ Uhr.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Studentische Volkshochschulkurse Wiesbaden.** Heute Samstagabend 8½ Uhr findet in der Mädchenschule der vierte diesjährige Vortrag statt. Thema: „Die erdähnliche Dichtung der Gegenwart.“ Eintritt 10 Pf. Gäste willkommen.

— **Bewährte Hausmittel.** Sehr häufig kann man in dem redaktionellen Teil verschiedener Zeitungen oder unmittelbar davon anschließend Anpreisungen von „bewährten Hausmitteln“ finden. Es werden da Mittel für Pflege des Teints, gegen Magenkrankheiten, Fettlosigkeit, Rheumatismus, Juckreiz usw. empfohlen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die betreffenden Mittel, die stets namentlich angegeben werden und eine auffallende Bezeichnung tragen, in den Drogerien und Apotheken zu haben seien. Durch den Wortlaut des Artikels wird vielfach der Eindruck erweckt, als ob die Mittel nur einige Pfennig kosteten. Der Preis stellt sich aber später als unverhältnismäßig hoch heraus. Vielen der angepriesenen Mittel geht überhaupt jede Wirkung ab. Es ist daher dringend Vorsicht geboten. Wer bereits auf diesem Gebiet Erfahrungen gesammelt hat, wolle sie der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, oder der hiesigen Zweigstelle mitteilen, die, wenn irgend möglich, auch mit Rat und Tat an Hand geht.

— **Autounfall.** Auf der Erbenheimer Chaussee fuhr gestern nachmittag ein Automobil in der Nähe der Chemischen Fabrik gegen einen Leitungsmast der Straßenbahnlinie, der durch den Anprall verbogen wurde. Die Insassen, zwei Wiesbadener Herren, blieben unverletzt. Das Auto wurde am Vorderende stark beschädigt.

— **Diebstahl.** Im Hause Bückerstraße 38 wurden gestern die Druckknöpfe der elektrischen Leitung an der Eingangstür und den Korridorabzügen in den unteren Stockwerken abgegründelt und mitgenommen. Man hat Verdacht und glaubt, den Täter ermitteln und zur Anzeige bringen zu können.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Königliche Schauspiele.** Die Reihenfolge der Abonnementsbuchstaben für die Zeit vom 3. bis 20. April ist folgende: Sonntag, 3.: Aufgehobenes Abonnement; Montag, 4.: Abonnement B; Dienstag, 5.: Abonnement D; Mittwoch, 6.: Abonnement A; Donnerstag, 7.: Freitag, 8.: Samstag, 9.: Aufgehobenes Abonnement; Sonntag, 10.: Aufgehobenes Abonnement; Montag, 11.: Aufgehobenes Abonnement; Dienstag, 12.: Aufgehobenes Abonnement; Mittwoch, 13.: Aufgehobenes Abonnement; Donnerstag, 14.: Aufgehobenes Abonnement; Freitag, 15.: Abonnement C; Samstag, 16.: Abonnement A; Sonntag, 17.: Abonnement B; Montag, 18.: Abonnement C; Dienstag, 19.: Abonnement D; Mittwoch, 20.: Abonnement A.

* **Konzert.** Das Programm des im Kasinoaal am Montag, den 6. April, abends 8 Uhr, stattfindenden Konzerts von Fräulein Hertha Andt und der Herren Fritz Hans Reichold und Bernon d'Arnalle enthält: Violinkonzert D-Dur von Mozart, Suite von Sibelius, Rameau, Rameau, Rameau und Grosse für Violine und Klavier. Herr Reichold spielt: Chant polonais von Chopin, Mazurka, Intermezzo Es-Moll, Klaviersolo Es-Moll von Brahms, Claire de lune, Reiz aus dem Piano von Debussy, Legende des heiligen Franziskus von Alfari und Verbitski, Walzer von Liszt, und Herr Bernon d'Arnalle singt: Lieder von Lorelli, Gaffi, Schubert (Der Atlas, Dem Unbekannten), sowie von Brahms vier Lieder: Sonnenschein, Es steht ein Lind', Botenpost und O Heiliche Wägen. Billetverkauf bei Heinrich Wolff, Hofmusikalienhandlung, Wilhelmstraße 16.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **Viebrich, 3. April.** Das Offizierskorps der Unteroffizierschule hat von Wehlar aus an Herrn Oberbürgermeister Vogt folgendes Telegramm geschickt: „Das Offizierskorps der Unteroffizierschule, zum erstenmal vereint im neuen Heim, blickt wehmütig auf das von der Stadt Viebrich zur Erinnerung an die alte unüberwindliche Garnison gewidmete Abschiedsgeschenk und sendet in tiefer Dankbarkeit der Stadt Viebrich die herzlichsten Grüße.“ Herr Oberbürgermeister Vogt hat im Namen des Magistrats hierauf telegraphisch geantwortet: „Wir erwidern Ihren Gruß auf das Beste und wünschen, daß es der Schule in Wehlar bald ebenso gut gefallen möge wie sie bisher in unserem Ite verweilt.“ — Das Pionierbataillon Nr. 25 hat als Vorläufer des im Herbst hierher kommenden Bataillons bereits durch ein Wachkommando die ehemalige Unteroffizierskassafaserne besetzt.

— **Erbenheim, 2. April.** Nächsten Sonntag, nachmittags von 12 bis 3 Uhr, werden die Zeichnungen der hiesigen gemerblichen Fortbildungsschule im Zeichenkabinett der alten Schule ausgestellt. In Gegenwart einiger Vorstandsmitglieder wurden dem Schreinerlehrling Heinrich Jäh und dem Wagnerlehrling Weig für gutes Betragen und gute Leistungen je ein Buch „Ein Denkmal der Arbeit“ überreicht. — Der Gädter Heinrich Schaack kaufte die in der Reugasse belegene Aneipische Wäderei zum Preise von 11 500 M.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

Die Lage der Königl. Förster.

Nachdem im „Wiesbadener Tagblatt“ wiederholt die Meinungen der Förster zu Wort gekommen sind, dürfte es angebracht sein, auch einmal die Lage der Königl. Förster, insbesondere der Königl. Forstaufseher, der Öffentlichkeit zu unterbreiten, besonders auch deshalb, weil dieser Bedienstetstand merkwürdigerweise in der neuen Befoldungsanordnung übergegangen worden ist. Die Lage der Königl. Forstaufseher ist eine überaus mißliche, und zwar ist sie hervorgerufen dadurch, daß die Forstbehörde seinerzeit Anwärter über Bedarf angenommen hat, so daß jetzt die Anstellung des

Forstaufsehers sehr spät erfolgt, meistens erst, wenn der Beamte das 40. Lebensjahr längst überschritten hat. Bis zur Anstellung werden die Forstaufseher voll beschäftigt, teils als Sekretäre auf einer Oberförsterei, zum Teil sind sie mit der Verwaltung eines Reviers beschäftigt. Man sollte nun denken, ein vollbeschäftigter Beamte müßte auch ein entsprechendes Gehalt bekommen, das zur Gründung und Erhaltung einer Familie ausreicht. Was erhält nun ein 36- bis 38-jähriger Forstaufseher, der im Revierdienst steht und mit 18 Jahren beim Militär eingetreten ist, also fast eine 20-jährige Dienstzeit hinter sich hat? An Diäten 1400 M., Brennholzentschädigung 100 M., Kleidergeld 30 M., zusammen 1530 M. Die Nebeneinnahmen sind kaum zu rechnen, sie bestehen aus etwa 3 bis 5 M. Schußgeld und aus dem Erlös des Raubzeugfangs, den wir mit 60 M. veranschlagen wollen. Nichtentschädigung erhält der „junge“ Beamte nicht. Rechnen wir nun einmal die Ausgaben zusammen: 400 M. Miete, 100 M. für Heizung, 12 M. Wassergeld, 100 M. Lebensversicherung, 16 M. Staatssteuer, 5 M. Gemeindesteuer, 18 M. Kirchensteuer, 60 M. Schulgeld und Ausgaben für Bücher und Papiere, 30 M. für Licht, zusammen 744 M. Es bleibt also für Nahrung, Kleidung, Schuhe, Wäsche, Mobelferneuerung, Munition usw. noch ganze 821 M., mithin für eine vierköpfige Familie täglich — 57 Pf. — für eine Person. Ob damit ein 36- bis 38-jähriger Beamter, der bald sein 25-jähriges Dienstjubiläum feiern kann, mit Frau und Kindern auskommen kann? Nach etwa 8 bis 10 Jahren, also im Alter von 46 bis 48 Jahren, kommt dann der Forstaufseher, den wir bei unserer Schilderung im Auge haben, auf ein einsames Forsthaus und erhält dann nach einer weiteren Reihe von Dienstjahren, nachdem er alt und grau geworden ist und vielleicht schon Enkel um ihn herumspielen, ein Höfchengehalt von 2500 M. Wo bleibt da die Berufsfruchtbarkeit? Gewöhnlich werden die Förster, wenn sie über ihre traurigen Verhältnisse klagen, auf das Ideal ihres Berufs hingewiesen, aber die Sorgen um das tägliche Brot können alle Ideale verdrängen, und von der schönen, frischen Waldluft ist noch nimmer ein Mensch satt geworden, und wenn in der Zeitung über Försterermordung berichtet wird — die Meldungen treffen in letzter Zeit recht häufig ein —, dann liegt das der größte Teil der Leser und geht zur Tagesordnung über, bedenkt aber nicht, daß eine Forstaufseherwitwe mit Kindern, die noch kein Anrecht auf staatliche Versorgung hat, vor Not und Sorgen steht. Mitleid der Staat, der doch eigentlich der Schuldige an dem Notstand ist, die Lage der Königl. Förster verbessern und besonders die Forstaufseher so besolden, daß sie ihren Beruf erfüllen können, ohne Sorge um das tägliche Brot. Mit kleinen Mitteln, wie sie bisher zur Verbesserung der Förster aufgewendet worden sind, ist es nicht getan. Stelle man die Anwärter an, wenn sie den Forstverordnungsstellen erhalten haben, gleichviel, wie sie beschäftigt werden, und beruhe man den Königl. Förster in die Gehaltsklasse der Assistenten.

Ein „alter“ Königl. Forstaufseher.

Nachkänge zum Frankfurter Gesangwettbewerb.

M. Frankfurt a. M., 3. April. Auf Grund der heute in Frankfurt a. M. zwischen dem Justizrat Dr. F. Meier (Frankfurt) als dem Rechtsbeistand der Frau Professor Marie Fleisch zu Frankfurt und dem Geheimen Kommerzienrat Alexander Lucas (Berlin) gepflogenen Verhandlungen ist von den Herren Geh. Regierungsrat Professor Max Friedländer (Berlin), Justizrat Viktor Schnitzer (Köln) und Generalmusikdirektor Fritz Steinbach (Köln) folgende Erklärung abgegeben worden: Geleitet von dem Wunsche, die unliebsamen öffentlichen Erörterungen über die Preisverteilung bei dem letzten Frankfurter Gesangwettbewerb zu beendigen, erklärt der Unterzeichnete Geh. Regierungsrat Friedländer, daß er die Ehrenhaftigkeit und Gewissenhaftigkeit des verstorbenen Professors Maximilian Fleisch zu Frankfurt niemals, auch nicht bei der Unterbreitung mit den beiden anderen Unterzeichneten über den vorbedachten Wettbewerb in Zweifel gezogen hat oder hat ziehen wollen. Im Anschluß erklären die beiden anderen Unterzeichneten nunmehr auch ihrerseits überzeugt zu sein, daß der verstorbene Professor Fleisch sein Amt als Preisrichter in gewissenhafter Weise ausgeübt hat, wie sie denn auch an die Ehrenhaftigkeit des verstorbenen Herrn Fleisch nie gezweifelt haben.

Die Kronberger Bahn.

Der Vertrag zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und der Kronberger Eisenbahngesellschaft über den Übergang des Kronberger Eisenbahnbetriebs auf den preussischen Staat hat am 19. März die Genehmigung des Staatsministeriums gefunden. Aber die künftige Ertragsfähigkeit der Bahn äußert sich die dem Vertrag beigelegte Denkschrift in durchaus günstigen Sinne. Vor allem erwartet man eine weitere Zunahme des Personenverkehrs; dagegen hält die Verwaltung die Entwicklung des Güterverkehrs für nicht steigerungsfähig, weil es im Verkehrsgebiet der Kronberger Bahn an industriellen Werken fehlt. Nach offizieller Übernahme der Bahn will der Staat große Mittel aufwenden, um sie in einen ihrer Verkehrsbedeutung angemessenen Zustand zu bringen. Trotz der hohen Baukosten rechnet der Eisenbahnfiskus auf eine gute Verzinsung der aufgewendeten Mittel. Denn einerseits ist zu erwarten, daß die Einnahmen aus dem Personenverkehr infolge der zu treffenden Betriebsverbesserungen erheblich steigern werden, während andererseits der Bahnbetrieb, wenn er in den Händen des Staates liegt, sich wesentlich billiger stellen wird. Durch zweifelhafte Dienstleistungen und wohlfeilere Beschaffung der Betriebsmaterialien werden sich bedeutende Ersparnisse erzielen lassen. Zum Erwerb der Kronberger Eisenbahn fordert das Eisenbahnministerium aus Mitteln des Eisenbahnleihgesetzes 650 000 M. Hieron entfallen 260 000 M. auf die Tilgung schwebender Schulden der Gesellschaft, 40 000 M. auf die Deduktion der durch den Vertragsabschluß entstehenden Abgaben an Steuern usw. und 350 000 M. Teilkosten auf den Umbau des Riedelheimer Bahnhofes.

!! Aus dem Rheingau, 2. April. Infolge der nachsten Witterung des Monats März konnten die Weinbergsarbeiten nur sehr langsam gefördert werden. Man kam mit den Arbeiten etwas in den Rückstand, was jetzt bei dem schönen warmen Wetter, das uns den ersten Tage des April gebracht haben, nachgeholt werden muß. Der Rebschnitt ist nun so weit beendet, und es wurde bereits mit dem Vertiefen der Reben der Anfang gemacht. Daß die Vegetation gegen das Vorjahr um etwa 14 Tage zurück ist, kann kein Fehler sein, denn den Reben schadet es nicht, wenn sie etwas länger in der Winterruhe verharren, der junge Trieb wird sich nachher um so schneller und gesünder entwickeln. An Winterfeuchtigkeit mangelt es den Weinbergen diesmal nicht; die reichen Schneefälle und das lange anhaltende Regenwetter haben

dem Boden Feuchtigkeit in großen Mengen zugeführt, die tief in das Erdreich eingedrungen ist. Durch die übermäßige Feuchtigkeit haben in fast allen Gemarkungen und Lagen Erdbewegungen stattgefunden, die den Einsturz einer großen Anzahl Weinbergsmauern zur Folge hatten. Den betroffenen Witzern ist durch das Verschütten ganzer Parzellen ein nicht unerheblicher Schaden erwachsen. Immerhin ist die Winterfeuchtigkeit ein gutes Zeichen für das ganze Jahr, und sie wird zuletzt auch dem Winter nicht minder zum Vorteil gereichen. Im freihändigen Geschäft ist es zurzeit still, da das Interesse des Handels durch die bereits begonnenen Versteigerungen zu sehr in Anspruch genommen ist.

Oberlahnstein, 3. April. An dem Jubiläum seiner 25jährigen Tätigkeit als Lehrer an der hiesigen Volksschule und der Fortbildungsschule wurden Herrn Rudes hierseits mancherlei Ehrungen zuteil, besonders aus dem Kreise seiner ehemaligen Schüler.

st. Dahn i. L., 3. April. Am 10. Mai wird hier ein Gesangsfest freilich stattfinden, zu dem bereits 14 Vereine ihre Beteiligung zugesagt haben. Diese 14 Vereine kommen größtenteils aus der Gegend und nur vier sind aus nächster Umgebung. Die zu verteilenden Preise bestehen in Wertgegenständen. Der festgebende Verein trifft schon alle Vorbereitungen, um den fremden Gästen den Aufenthalt in unserer schönen Taunusorte so angenehm wie möglich zu machen. — Waldrestaurant und Pension „Tannenbühl“ ist mit 1. April pachtweise an Fräulein Geschwister Emde übergegangen.

Leutenfelden, 3. April. Am Sonntag wurde unser neuer Pfarrer Brumm in der evangelischen Kirche durch Detan Böll aus Langenschwalbach und Pfarrer Thiel aus Egenroth in sein Amt eingeführt. Der neue Pfarrer hatte bereits etwa ein Jahr als Vikar hier gewirkt. Abends fanden gemütliche Veranstaltungen zur Feier des Tages statt.

1. Dörflein, 2. April. Die Abkühlprüfung der Realschule, welche für die Knaben den Eintritt in die Untersekunda einer höheren Lehranstalt und für die Mädchen den Eintritt in die 2. Klasse eines Lyceums ermöglicht, fand unter Leitung des Degenerenten des Provinzialschulkollegiums, Herrn Direktor Dr. Höfer (Wiesbaden) statt. Es traten 8 Knaben und 2 Mädchen in die Prüfung und alle bestanden; 2 Oberlehrer wurden von der mündlichen Prüfung befreit. Die Schüler und Schülerinnen treten in Wiesbadener Schulen ein. Neu aufgenommen wurden 23 Schüler. Bis zum 20. April, dem ersten Schultage, werden noch Anmeldungen berücksichtigt. Für auswärtige Schüler, die der gesunden Lage Dörfleins wegen zum Besuche der Realschule veranlaßt werden sollten, werden geeignete Pensionen nachgewiesen. In die Aufnahmeklasse der Volksschule wurden 78 Kinder aufgenommen; mit den Repetenten fällt die Zahl auf 88, die in zwei Abteilungen unterrichtet werden. — Das Sommersemester an der Königl. Baugewerkschule hat heute begonnen.

Schöft a. M., 3. April. In den Farbwerken wurden dem Schlosser Mondel aus Eddersheim die Finger der linken Hand bis auf den Daumen abgeschlagen. Er war mit der Hand in einen Ventilator geraten.

Gamberg, 3. April. Am 1. April verließ Taubstummenlehrer Tigges die hiesige Anstalt, um eine Stelle in gleicher Eigenschaft in Soest zu übernehmen. Taubstummenlehrer Stremmel geht am 1. Mai nach Berlin, um an einem einjährigen Kursus zur Ausbildung von Taubstummenlehrern teilzunehmen. Die freiverbenden Stellen werden besetzt durch die Lehrer Schmidt von Battenberg und Brachmüller, zurzeit in Jüterbog. — Lehrer Ruppel von der Volksschule wurde am 1. April nach Frankfurt-Heddernheim versetzt; an seine Stelle kommt Lehrer Hilfrich von Rorch a. Rh. Weiter wurde mit dem gleichen Termin veretzt der Landeswegemeister Höfner nach Cronberg; als Ersatz kommt hierher Landeswegemeister Richter von Gräbentwiesbach.

Nachbarstaaten u. Provinzen.

Darmstadt, 3. April. Der Verein Süddeutscher Langsturner, Sitz Mannheim, tagt am 26. April hier in Darmstadt und anschließend daran findet das erste hiesige Langsturner mit Festball statt.

11. Badarach a. Rh., 2. April. Nach einem Beschluß der Stadtkommissionen-Versammlung wird vom 1. April an der hohen Kosten wegen keine Vertzuwachssteuer mehr erhoben. — Im Rasthaus, einem überrest der alten Stadtfestung, soll ein weiterer Raum ausgebaut werden.

w. Kreuznach, 3. April. Bei der Schlusfeier in der Aula des königlichen Gymnasiums vergiftete sich der unversetzte Schüler Sauerwald durch Zyanalkali.

Sport und Luftfahrt.

Pferderennen.

*** Hannover, 3. April.** Stadtpferdrennen. 4000 M. 1. F. C. Krügers Hadschar (Meinik), 2. Leonidas, 3. Drapade. 30:10; 18, 40:10. — Eröffnungs-Jagd-Rennen. 2500 M. 1. St. Graf Bethshy-Huch Arnora (Erbsprinz zu Bentheim), 2. Sea View, 3. Sandeas. 24:10; 13, 22, 32:10. — Preis von Remlin. 3800 M. 1. F. C. Krügers Hadel (Meinik), 2. Cranier, 3. Häuber 1. 22:10; 13, 15:10. — Wip-Rennen. 1000 M. 1. E. v. Davids Sgismalom (Brehner), 2. Sturmbrand, 3. Drakon. 114:10; 32, 25, 16:10. — Kirchroder Jagd-Rennen. 3500 M. 1. St. v. Ravens Riti 2 (Bes.), 2. Delaware, 3. Galtefest. 74:10; 26, 23, 20:10. — Pokal. 6000 M. 1. Lindenrieds Rettele (Wilschke), 2. Goltz, 3. Tanagra. 84:10; 20, 15, 70:10. — Bennereder Jagd-Rennen. 3500 M. 1. St. Gochens Coral Wave (Bes.), 2. Preston, 3. Coiffeur. *** Engeln, 3. April.** Prix d'Orgeval. 3000 Fr. 1. A. Jastropulos Spinelle (O'Neil), 2. Sole Sles, 3. Gosh. 25:10; 16, 23:10. — Prix Fougereffe. 5000 Fr. 1. Rutgers le Rots Ghilberti (O'Neil), 2. Wampun. 10:10. — Prix de Montesson. 3000 Fr. 1. A. R. Dupins Agurce (Reumier), 2. Jon, 3. Enail. 196:10; 33, 14, 27:10. — Prix Lagrange. 4000 Fr. 1. Bar. M. de Hoffschids Carbanapale (Doumen), 2. Durbar, 3. Le Grand Prestjann. 54:10; 21, 17, 18:10. — Prix Palmiste. 6000 Fr. 1. S. B. Durvas Hidory (Mac Gee), 2. Jente 4, 3. Dramatiste. 19:10; 14, 40:10. — Prix Sans-Souci. 5000 Fr. 1. J. Rutgers le Rots Pirpiriol (O'Neil), 2. Robell. 12:10.

*** Die Rainiger Radrennbahn** ist laut „Radwelt“ an die Gesellschaft für Veranstaltung von Radrennen in Kaisers-

lautern verpachtet worden. Das erste Rennen wird am 26. April stattfinden.

*** Vögen.** In London fand ein Boxkampf zwischen dem englischen Schwergewichtmeister Wells und dem französischen Schwergewichtler Lurie statt. Wells siegte nach sieben Runden durch Knoutout.

Letzte Drahtberichte.

Dr. August Eisenlohr †.

wb. Karlsruhe, 3. April. Heute nacht starb hier im Alter von 82 Jahren der frühere badische Minister Wirtl. Geh. Rat Eggelens Wilhelm Eisenlohr.

(Dr. August Eisenlohr wurde am 25. Februar 1833 in Mannheim geboren. Im Jahre 1855 wurde er Rechtspraktikant, 2 Jahre später Referendar. 1862 erhielt er dann seine erste Anstellung im Staatsdienst als Sekretär beim Justizministerium, 1863 wurde er Amtsrichter in Gernsbach, 1864 Kreisgerichtsdirektor in Baden-Baden, 1865 Kreisgerichtsrat, 1866 kam er in das Ministerium des Innern, und zwar zunächst als Assessor und dann — ein Jahr später — als Ministerialrat. 1874 erfolgte seine Ernennung zum Landeskommissar für die Kreise Karlsruhe und Baden-Baden und 1881 zum Geheimen Referendar. Sein umfassender Einfluss auf die politische Entwicklung Badens begann im Jahr 1883, in welchem er zum Ministerialdirektor im Ministerium des Innern ernannt wurde, gleichzeitig zum verantwortlichen Vertreter des Präsidenten des Ministeriums des Innern, Dr. Turban, und damit stimmungsführendes Mitglied des Staatsministeriums. Als sich dann Dr. Turban im Jahre 1890 auf die Leitung des Staatsministeriums zurückzog, wurde Eisenlohr als Staatsrat mit der Leitung des Ministeriums des Innern betraut und 1892 endgültig zu dessen Präsidenten ernannt. Im Jahre 1893 folgte Eisenlohres Ernennung zum Geheimen Rat 1. Klasse und 1899 — ein Jahr vor seinem Rücktritt — die Verleihung des Ministerstitels, der bisher mit der Leitung des Ministeriums des Innern noch niemals verbunden gewesen war. Am 19. September 1900 ließ er sich in den Ruhestand versetzen. Im Ministerium des Innern war Eisenlohr zunächst Rezipient für das Polizeiwesen, dann daneben für das Sanitäts- und Veterinärwesen; später folgte dann noch die Übertragung des Militär- und Kriegswesens, der Personalaffachen der mittleren Beamten und der Aufsicht über die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Aus der Beschäftigung mit dieser letzten Materie entsprang eine der bedeutendsten Arbeiten Eisenlohres: Der Entwurf des unter dem 14. Juni 1884 veröffentlichten Verwaltungsrechtspfleges, welches, ein Werk, das noch heute die Grundlage für das gesamte verwaltungsgerichtliche Verfahren bildet. Minister Eisenlohr war der letzte Minister, der in enger Verbindung mit der national-liberalen Partei stand und von den Oppositionsparteien Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten wegen seines Widerstandes gegen ein lautenloses direktes Wahlrecht auf das heftigste befehdet wurde. Er lebte zuletzt zu Karlsruhe, wo er sich seinen literarischen Neigungen hingab. In voller Mithigkeit konnte er im Jahre 1912 mit seiner Gattin die goldene Hochzeit und im Jahre 1913 seinen 80. Geburtstag feiern. Schriftl.)

General von Stünzner †.

wb. Berlin, 3. April. General der Kavallerie v. Stünzner, der frühere kommandierende General des 10. Armee-Korps, ist in der letzten Nacht in Küsternwalde gestorben.

(Karl Martin Leopold v. Stünzner wurde am 11. November 1839 in Frankfurt a. O. geboren, trat am 1. April 1859 in das Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment als Einjährig-Freiwilliger ein und wurde im Februar 1860 in das 3. Manen-Regiment versetzt, in dem er auf Beförderung diente. Am 13. Dezember 1860 wurde er Sekondeleutnant. Den Feldzug 1866 machte er als Adjutant des mobilen 3. Landwehr-Manen-Regiments mit, den deutsch-französischen Krieg als Premierleutnant im 9. Dragoner-Regiment. Im November 1871 erhielt er ein Kommando zum Generalstab, in den er im Juni 1872 als Hauptmann definitiv versetzt wurde. Am 18. Februar 1874 wurde seinem Vater, dem Chefpräsidenten der Oberrechnungskammer, der erbliche Adel verliehen. Der nunmehrige Herr von Stünzner blieb bis 1880 im Generalstab, 1880 erhielt er das Kommando des 10. Manen-Regiments, doch schon 1888 wurde er Chef des Generalstabes des 10. Armee-Korps. 1892 wurde er unter Beförderung zum Generalmajor mit dem Kommando der 3. Kavalleriebrigade betraut. 1894 kam er wieder in den Generalstab zurück und wurde Oberquartiermeister; noch im selben Jahre trat er in die Studienkommission der Kriegsakademie ein. 1898 wurde er als Generalleutnant Kommandeur der 2. Division, 1899 des 10. Armee-Korps. 1900 zum General der Kavallerie ernannt, trat er am 7. Februar 1908 in den Ruhestand. v. Stünzner war Ritter des Schwarzen Adlerordens und stand à la suite des 10. Manen-Regiments. Schriftl.)

Der Fischereigeschäftswurf.

S. Berlin, 3. April. (Eig. Drahtbericht) Dem Abgeordnetenhaus ist soeben das neue Fischereigesetz zugegangen. Der Entwurf zerfällt in 11 Abschnitte mit 127 Paragraphen und will für die von ihm als offene Gewässer bezeichneten Fischgewässer die Möglichkeit schaffen, zielbewusste Maßnahmen zur Verbesserung des Fischbestandes und zur vollen Ausnutzung der Gewässer zu treffen und hierdurch namentlich den östlichen Landesteilen eine Bewirtschaftungsweise eröffnen, die zu einer Vermehrung und Verbesserung der für die Bevölkerung immer unentbehrlicher werdenden Fischnahrung führt.

Die Wiederaufnahme im Disziplinarverfahren.

Berlin, 3. April. (Eig. Drahtbericht) Eine hin und wieder offiziös benutzte Korrespondenz weiß zu melden, daß auf Grund der Beschlüsse des Reichstags zu der Vorlage über die Wiederaufnahme im Disziplinarverfahren die Bundesregierungen zu einer nochmaligen Beratung zusammengetreten seien. Dem Vernehmen nach sei mit Einstimmigkeit beschlossen worden, der Vorlage in der vom Reichstag gegebenen Fassung nicht zuzustimmen, falls der beschlossene Zusatz über die zu gewählende Einsicht in die Personalakten aufrechterhalten bleibt.

Zwei Deutsche aus der Schweiz ausgewiesen.

□ Bern, 3. April. (Eig. Drahtbericht) Der schweizerische Bundesrat hat die deutschen Reichsangehörigen Grabow aus Wittenberg, zuletzt wohnhaft in Erlach im Kanton Bern, und Hartmann aus Karlsruhe, zuletzt in Lausanne, aus der Schweiz mit der Begründung ausgewiesen, sie würden beschuldigt, Spionage gegen einen Nachbarstaat getrieben zu haben; gegen welchen Staat sich die Spionage richtet, wird geheim gehalten.

Die Funkentelegraphen-Station auf der Zeppelinwerft.

†† Friedrichshafen, 3. April. Die auf dem Gelände der Luftschiffbau-Gesellschaft Friedrichshafen errichtete Funkentelegraphische Station wurde in Gegenwart des Grafen Zeppelin gestern dem Betrieb übergeben. Bei den angestellten Versuchen wurden Funkentelegramme, die vom Eiffelturm ausgingen, aufgenommen.

Gegen die Rekrutenmishandlungen.

Δ Trier, 3. April. (Eig. Drahtbericht) Der Vorsitzende des Kriegsgerichts der 16. Division gab in der letzten Sitzung Kenntnis von einem scharfen Erlass des Kommandeurs des 8. Armee-Korps gegen Rekrutenmishandlungen. „Alten Leuten“ wird darin das Betreten von Rekrutenstuben ohne dienstlichen Anlaß verboten. Die Offiziere werden verpflichtet, unter allen Umständen Mishandlungen zu verhindern. Der Erlass muß jeden Monat verlesen und von sämtlichen Mannschaften unterschrieben werden.

Die unzufriedenen Duala-Leute.

Berlin, 3. April. (Eig. Drahtbericht) Wie die „Post“ meldet, hat das Kameruner Bezirksamt auf die Nachricht hin, die Duala-Leute hätten in geheimen Nachtversammlungen beschlossen, über den Kopf des Gouverneurs hinweg sich mit Protesten an den Reichstag zu wenden, eventuell sogar von England eine Intervention zu erbitten, ein Verfahren gegen Unbekannt eröffnet und das Protesttelegramm beschlagnahmen lassen.

Der deutsche Luftschiffer Berliner unter Anklage.

*** Berlin, 3. April.** Dem Vernehmen nach wird der deutsche Luftschiffer Berliner wegen Verletzung des russischen Spionagegesetzes vor Gericht gestellt werden, da die Untersuchungsbehörde Beweise zu haben glaubt, daß Berliner Spionage getrieben habe. Nach dem neuen Spionagegesetz ist zu einer Verurteilung die betrübende Absicht nicht notwendig, es genügt, daß der Betreffende sich gegen das Spionagegesetz überhaupt vergangen hat.

Wohnungsnot in Elbing.

*** Elbing, 3. April.** Die Wohnungsnot hat hier am Sonntag erheblich zugenommen. Beim Magistrat melde sich 46 Familien obdachlos. Durch schleunige behördliche Maßnahmen sind alle vorläufig untergebracht. Mit den vor dem 1. April gemeldeten Obdachlosen beträgt jetzt die Zahl der obdachlosen Familien 81.

Ein Militärfliegerunfall.

wb. Oberwesel, 3. April. Ein mit dem Oberleutnant Schäfer als Führer und Hauptmann Blum vom Infanterie-Regiment Nr. 114 besetzter Doppeldecker, der sich auf einem Flug Darmstadt-Köln befand, mußte heute morgen wegen Motordefekt im Walde bei Oberwesel eine Notlandung vornehmen. Während der Führer unverletzt blieb, erlitt Hauptmann Blum leichtere Verletzungen und wurde ins Garnisonlazarett Koblenz gebracht.

Der Spionageprozeß Coult.

wb. London, 3. April. Vor dem Gerichtshof von Old Bailey wurde heute gegen den am 2. Februar 5. J. unter dem Verdacht der Spionage verhafteten Zigarrenhändler Coult und seine Frau verhandelt. Beide waren angeklagt, sich gewisse Pläne und Schriftstücke verschafft zu haben, um sie einer fremden Macht auszuliefern. C. ist außerdem angeklagt, seine Frau zu diesem Verbrechen angestiftet zu haben. In der heutigen Verhandlung bekennt C. sich zu dem ersten Punkt der Anklage schuldig, bestritt aber den zweiten. Die Frau erklärte, sie sei unschuldig. Der Gerichtshof ließ die Anklage gegen die Frau fallen und verurteilte Coult zu sechs Jahren Zwangsarbeit und zur Ausweisung.

Albanische Maßnahmen gegen die Griechen.

wb. Wien, 3. April. Wie hier bestimmt verlautet, ist sowohl von Österreich wie von Italien der albanischen Regierung die Versicherung gegeben worden, daß etwaige energische Maßnahmen, die sie gegen die griechischen Aufständischen im albanischen Epirus ins Werk setzen würde, durchaus gebilligt würden. Auf diese Versicherung der beiden befreundeten Mächte hin soll sodann eine Beratung stattgefunden haben, in der man sich augenscheinlich für eine schärfere Tonart den Rebellen gegenüber entschlossen hat.

Bitte leitet die Verhandlungen zum deutsch-russischen Handelsvertrag.

†† Petersburg, 3. April. Wie der „Temps“ erzählt, werden die Vorarbeiten zur Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages von dem Grafen Witte geleitet werden. Der „Temps“ fügt hinzu, daß diese Tatsache für Deutschland nur sehr angenehm sein könne, denn Graf Witte sei deutsch-freundlich.

Wiederaufnahme der Arbeit auf den russischen Siemens- und Halske-Werken.

wb. Petersburg, 3. April. Die Arbeiter der Fabriken Siemens und Halske, die, wie in einer Reihe anderer Betriebe, gestern von der Verwaltung geschlossen wurden, haben heute die Arbeit wieder aufgenommen.

Ein Aberfall im Eisenbahncoupe.

wb. Berlin, 3. April. Heute nacht nach 1 Uhr mußte vor der Station Charlottenburg der Zug auf freier Strecke halten. In diesem Augenblick sprang ein Mann in ein Abteil und überfiel eine allein reisende Dame. Er versuchte, so-

fort zu flüchten, als die überfallene laut um Hilfe schrie. Er wurde festgenommen und verurteilt den Vorfall als Dummhingenitzig hingestellt. Es handelt sich um einen Kaiser namens Piesch.

Zum Verbot der Regenschirme in München.

München, 3. April. In Sachen des Verbots der Münchener Regenschirme hat sich der französische Gesandte auf Wunsch des Fliegers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten in Verbindung gesetzt, der sich bereit erklärte, in Berlin Erklärungen einzubringen, ob die Flieger Regenschirme zu irgend welchen Bedenken Anlaß gegeben hätten. Regoud hat nun eine Eingabe an das bayerische Ministerium des Innern gemacht.

Zur Katastrophe des Dampfers „Neufundland“.

London, 3. April. Die Mannschaft des „Neufundland“ befand sich, als der Schneesturm einsetzte, anfangs auf einem tiefen Eisfeld zusammen, das bald auseinanderbrach. Der Sturm war so stark, daß die zur Hilfe eilenden Schiffe Gefahr liefen, durch die Eisfelder zertrümmert zu werden. Die Rettungsaktion mußte daher unterbleiben. Die Überlebenden waren durch die Kälte, der sie 40 Stunden lang ausgelegt waren, so erschöpft, daß sie kein Wort hervorbringen konnten. Viele der gestrandeten Schiffe waren seit 36 Stunden ohne Nahrung. Mehrere waren irrsinnig geworden und rannten tobend auf dem Eis umher.

St. John, 3. April. Heute nacht wurde ein amtlicher Bericht veröffentlicht, demzufolge die Gesamtzahl der Opfer bei dem Unglück des Dampfers „Neufundland“ 64 beträgt, und die der Überlebenden 37, die schrecklich durch Frost gelitten haben. Der Dampfer „Vesuvion“ mit den meisten Toten und 35 Überlebenden an Bord ist heute morgen hier einging.

Von der Roosevelt-Expedition.

New York, 3. April. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß letzte Nacht der Kapitän Antonio Piasa in Manaus ankam. Er ist der Führer eines Teiles der Roosevelt-Expedition, die den Tapajós-Fluß hinaufgezogen und bei den Staqui-Quellen ihr Gepäck einbrachte. Von Roosevelt selbst liegt noch keinerlei Nachricht vor.

Triest, 3. April. Aus dem montenegrinischen Hafenamt in Antivari wird ein erster Zwischenfall gemeldet. Wegen eines unbedeutenden von einem Montenegriner probierten Streites schoß dieser mit einem Militärgewehre zwei Italiener an Bord des italienischen Dampfers „Penceta“ durch die Brust. Während der Überfahrt nach Bari ist einer der Verletzten gestorben.

Cherbourg, 3. April. Der letzte Postillon, der in dem Dienste des Fürsten von Thurn und Taxis ge-

standen hat, Boegenhold, hat sich aus Schwerkraft erhängt. Er war 75 Jahre alt.

Wb. Petersburg, 3. April. Die Reichsduma hat heute in geheimer Sitzung acht als dringlich anerkannte Gesetzesvorlagen des Kriegsministeriums ohne Debatte angenommen.

Wb. München, 3. April. Der Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Dr. Mohr, unterbreitete dem Blatt zufolge dem Verlag den Entschluß, aus seiner Amtstätigkeit zu scheiden. Dr. Mohr beabsichtigt, sich wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiete des Zeitungswesens zu widmen. Auf Eruchen des Verlags führt er die Geschäfte der Redaktion weiter, bis die Frage des Nachfolgers geregelt ist.

Wb. Elberfeld, 3. April. Fräulein Wille aus Düsseldorf, die vor einigen Wochen ihren früheren Verlobten, den Verlagsassessor Reitelbach, erschoss und vor einigen Tagen wegen Ertränkung aus der Unterjuchungshaft entlassen wurde, ist heute wieder verhaftet worden. Gleichzeitig wurde ihr jetziger Verlobter, Dr. Rolten aus Düsseldorf, verhaftet.

Wb. London, 3. April. Der Premierminister Asquith ist heute morgen nach East Fife zum Wahlkampf um sein durch die Ernennung zum Kriegsminister erledigtes Mandat abgereist. Am Bahnhof brachte ihm eine große Menschenmenge Ovationen dar.

Wb. Christiania, 3. April. Die Witwe Henrik Jøens ist heute im 77. Lebensjahre gestorben.

Aus unserem Leserkreise.

(Nicht benutzte Einblendungen können weiter zur Verfügung gestellt werden.)
Wb. Friedrich, 3. April. Ich bin am Bodensee zu Hause, habe mich aber zeitig in Wiesbaden auf, benutzte den letzten Sonntag zu einem Spaziergang und wählte mir die sogenannte Rheinpromenade aus. Das herrliche Wetter hatte viele Leute hinausgelockt, und so war auch die Rheinpromenade außerordentlich belebt. Sie wird jedem, der sie am Sonntag betreten hat, gefallen, denn man kann kaum vom Rande, stummelnde herankommen bis an die Spitze in den dort liegenden Schlamm und man muß sich unwillkürlich fragen, existiert denn in Wiesbaden kein Verschönerungs- oder Verschönerungsverein? Ist denn aus den Reichen der Wiesbacher Bürgerschaft nicht eine Stimme zu finden, die an die trostlosen Zustände der Rheinpromenade, in der auch ein Tierkubus lag, mahnt?

Briefkasten.

Die Briefkasten des Piesbadener Tagblattes beantwortet nur schriftliche Anfragen in Briefkasten, und zwar ohne Rücksicht auf die Bezeichnung. Namen nicht angedruckt werden.
Johanna. Köst ist im weiteren Sinne jeder beliebige Beschäftigter, im engeren Sinne aber nur derjenige Schmar, wobei eigentliche anatomische Veränderungen der Eingeweide,

Berliner Nachbörse.

§ Perlin, 3. April. (Per Ultimo).			
Kreditaktien	205 1/2	Kanada	208 1/2
Hand. Gesell.	153 1/2	Orientbahn	153 1/2
Commerzbank	114 1/2	Meridional	105 1/2
Darmstädter Bank	133 1/2	Pennsylvania	111 1/2
Deutsche Bank	250 1/2	Henn	158 1/2
Disk. Kommand.	188 1/2	4 1/2 Russen (1902)	90 1/2
Dresdner Bank	151 1/2	Türkenloose	169 1/2
Nationalbank	111 1/2	Amstels-Friede	162 1/2
Schaaffhausen	194 1/2	Böckumer	226 1/2
Per. Ind. Hdbk.	194 1/2	Luxemburger	132 1/2
Löh. Böckumer	143 1/2	Gelsenkirchen	198 1/2
Schantungsbahn	217 1/2	Harpener	184 1/2
Lombarden	217 1/2	Mohndelwerke	120 1/2
Anstalt	90 1/2	Laurahütte	153 1/2
Baltimore	90 1/2	Phönix	240 1/2
		Rhein. Stahlw.	164 1/2
		Rothschild	151 1/2
		Pakettakt.	132 1/2
		Hamburg-Süd	184 1/2
		Hans. Dampf.	265 1/2
		Lloyd	123 1/2
		Dynamit-Trust	174 1/2
		Naphtha-Nobel	402 1/2
		Alp. Elektrizität	248 1/2
		D. Elektrizität	178 1/2
		Siemens	151 1/2
		Schuckert	151 1/2
		Gas. f. elektr.	173 1/2
		Unter	173 1/2
		South-Weststr.	120 1/2

Banken und Geldmarkt.

W. 4proz. Dänische Staatsanleihe. Kopenhagen, 3. April. Das Finanzministerium teilt mit, daß es mit der Nationalbank in Kopenhagen und der dänischen Landmannsbank, Firma R. Henriques jun., ein Abkommen getroffen habe wegen der Übernahme des 3 Millionen betragenden letzten Drittels der inländischen 4proz. amortisierbaren Staatsanleihe von 1912.

Die Bankfirma Schwab, Noelle u. Co. in Essen (Ruhr), an der die Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M. beteiligt ist, teilt mit, daß sie folgenden Herren Gesamtpatrua erteilt hat: Den Herren Heinrich Bandmann mit Julius Heinberg oder Wilhelm Kämpel; Hermann Bandmann mit Julius Heinberg oder Wilhelm Kämpel; Julius Heinberg mit Heinrich Bandmann oder Hermann Bandmann oder Wilhelm Kämpel; Wilhelm Kämpel mit Heinrich Bandmann oder Hermann Bandmann oder Julius Heinberg. Dem Herrn Heinrich Meemann wurde Handlungsvollmacht gemeinschaftlich mit einem der genannten Prokuristen erteilt.

Preussische Schatzanweisungen. Die im Mai 1913 freihändig begebenen 50 Mill. M. Preussische Schatzanweisungen, welche eine einjährige Laufzeit hatten, werden am 15. Mai fällig und dürfen zur Rückzahlung gelangen.

Industrie und Handel.

W. Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning. Höchst a. M., 3. April. Die Bilanz der Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning, Höchst a. M., weist pro 1913 nach Abschreibung von 4 450 642 M. (i. V. 4 008 312 M.) und nach Rückstellung von 300 000 M. für den Wehrbeitrag ein Gewinnergebnis von 16 883 417 M. (inkl. Saldo Vortrag aus 1912) gegen 15 607 907 M. im Vorjahr auf. In dem Gewinnergebnis des Vorjahres sind indessen 2 250 000 M. frei gewordene Reserven enthalten, welche anlässlich des fünfzigjährigen Geschäftsjubiläums zur Verwendung gelangten. Der Aufsichtsrat beschloß, der am 9. Mai stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 30 Proz. (i. V. 30 Proz.) vorzuschlagen. Der Aufsichtsrat beschloß ferner, bei der Generalversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals um 14 Mill. M., also von 36 auf 50 Mill. M., in Antrag zu bringen. Die Beschaffung neuer Mittel ist zur Durchführung von Vergrößerungen, Ergänzungen und technischen Vervollkommnungen der Betriebe sowie zur Erhaltung der Liquidität der Gesellschaft erforderlich. Es ist in Aussicht genommen, den Aktienkurs auf je drei Aktien eine neue Aktie zum Kurse von 140 Proz. zum Bezuge anzubieten.

Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau, Berlin. Aus dem Geschäftsbericht des Unternehmens, über dessen Ergebnisse wir bereits kurz berichteten, entnehmen wir noch folgendes: Während des verflossenen Jahres war das Unternehmen in allen Abteilungen stark beschäftigt, und infolge des milden Winters konnte der größere Teil der vorliegenden Bauarbeiten fertiggestellt werden. Auch die Wasser- und Brückenbauten auf der Weser sind nun in der Hauptsache beendet; einige Abrechnungsarbeiten werden sich indessen noch mehrere Monate hinziehen. Als Folge der Fertigstellung dieser großen

Arbeiten hat sich der Auftragsbestand natürlich nicht unbedeutend verringert; derselbe beträgt zurzeit 2 800 000 M. (gegen 6 800 000 M. im Vorjahr). Zu dieser Verminderung hat die Geschäftsleistung des vergangenen Jahres mit beigetragen. Der Umsatz betrug 13 575 000 M. (i. V. 12 462 000 M.). Nach Abschreibungen von 101 793 M. (84 903 M.) verbleibt ein Reingewinn von 690 330 M. (653 146 M.), wovon wieder 11 Proz. Dividende (wie i. V.) auf 2,50 Mill. M. Aktienkapital verteilt und 168 000 M. (149 892 M.) vorgelassen werden. Der Bericht bemerkt, daß die Tarifverträge mit den Arbeitnehmern mit einzelnen Aufbesserungen bis zum 31. März 1914 abgeschlossen worden sind. Der Deutsche Ausschuss für Eisenbeton hat seine Arbeiten für die Festsetzung bzw. Ergänzung der Ausführungsbestimmungen für die Beton- und Eisenbetonbauweise fortgesetzt und wird sie in nächster Zeit zu einem teilweisen Abschluß bringen. Durch die Geldverbilligung, die im laufenden Jahre schnelle und kräftige Fortschritte gemacht habe, dürfe der Bauplatz endlich eine nachhaltige Anregung erhalten. Reichs-, Staats- und städtische Verwaltungen planten größere Bauwerke. Die Gesellschaft hofft, auch das laufende Baujahr wieder mit gutem Erfolge abschließen zu können.

Fahrzeugfabrik Eisenach. Es wurde einschließlich Vortrag von 57 226 M. (i. V. 24 891 M.) ein Gewinn von 530 420 M. (553 846 M.) erzielt, wovon wieder 5 Proz. Dividende verteilt werden sollen.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin, 3. April. In der heutigen Generalversammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken wurde die Tagesordnung einstimmig genehmigt. An Stelle des Antrages der Verwaltung auf Erhöhung des Aktienkapitals um 10 Mill. M. zu 150 Proz. wurde einem von den Aktionären eingebrachten Antrag einstimmig entsprochen, das Aktienkapital um 15 Mill. Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien, die für 1914 voll dividendenberechtigt sind, werden den Aktionären im Verhältnis von eins zu eins zu 107 Proz. zum Bezuge angeboten werden. Mit dem Stahlwerk Becker, A.-G. in Wülfrich, soll übrigens eine Interessengemeinschaft dergestalt zustande gekommen sein, daß beide Firmen in die Jahre 1913 gegründet und von der russischen Regierung genehmigte Aktiengesellschaft „Para Belum“ in Petersburg ihre sämtlichen Erfindungen, Patente usw. einbringen. Zweck der Gesellschaft ist, die Erzeugnisse beider Werke zu vertreiben, jedoch in erster Linie Kriegsmaterial herzustellen.

Bei der Oberschlesischen Eisenindustrie-A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Glawitz beträgt der Nettogewinn für 1913 2 785 024 M. gegen 2 915 905 M. im Vorjahr. Auf das Anlagekonto werden 2 Mill. M. (2 800 000 M.) abgeschrieben und 723 024 M. auf neue Rechnung vorgelassen. Eine Dividende gelangt nicht zur Verteilung (i. V. 3 Proz.). Die Gesellschaft ist gegenwärtig ausreichend beschäftigt, doch sind die Verkaufspreise unbefriedigend.

Zur Insolvenz Wartheim, G. m. b. H. Berlin, 3. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Firma W. Wartheim, G. m. b. H., stellte heute nachmittag ihre Zahlungen ein. Die Passiven belaufen sich auf 18 Mill. M., die Aktiven auf 3 Mill. M.

Die A.-G. für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens in Dresden schlägt wieder 15 Proz. Dividende vor.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 14 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Verantwortlich für den Inhalt des Blattes: H. Ogerdson.

Druck und Verlag des Piesbadener Tagblattes in Piesbaden.

Erweiterte der Verhältnisse: 19 181 110; in der folgenden Nummer: 19 181 111.

Handelsteil.

Kapitalanlagen in den deutschen Kolonien.

Das Reichskolonialamt hat zum erstmalig in seinem Jahresbericht für 1913 eine Statistik der Kapitalinvestitionen für die deutschen Schutzgebiete veröffentlicht, von der folgende Tabelle sehr interessant sein dürfte:

Zahl d. Ges.	Kapital in M. 1000	davon rentabel	davon unrentabel	Rentabilität unbekannt
97 Ostafrika	106 802	45 714	42 173	18 914
32 Kamerun	95 983	70 310	9 080	15 993
8 Togo	4 490	2 190	1 700	600
180 Südwestafrika	141 929	76 763	26 756	34 882
27 Neuguinea	50 484	27 000	8 161	15 323
15 Samoa	51 233	2 750	5 418	43 065
33 Mehr. Kolonien	55 140	40 150	120	14 870
394 Gesellsch.	506 083	265 477	93 400	143 168

Dazu macht die Zeitschrift „Handel und Industrie“ u. a. folgende bemerkenswerte Ausführungen: „Man sieht aus dieser Zusammenstellung, daß über 50 Proz. der Gesellschaften bereits rentabel bezeichnet werden können, andererseits ist zu berücksichtigen, daß unter den Unternehmungen, die in der Tabelle als unrentabel bezeichnet sind, sich ein erheblicher Teil solcher Gesellschaften befindet, bei denen eine Rentabilität infolge längerer Baustadien erst in den nächsten Jahren eintreten kann. Dagegen ist die Summe der unrentablen Kapitalien wohl als richtig anzunehmen, da Gesellschaften, die nur irgend ein Gewinnergebnis erzielt haben, wohl mit der Veröffentlichung desselben im allgemeinen nicht hintanhaltend werden. Es ist ja hiernach kein glänzendes Resultat, was erzielt worden ist, die Kapitalinvestition ist auch in den letzten Jahren infolge mancher Fehlschläge zurückgegangen, das darf jedoch nicht abhalten, an einer weiteren Befruchtung unserer Kolonien durch Kapital zu denken, da nur so auf die Dauer ein Fortschritt erzielt werden kann. Es muß erreicht werden, daß mehr noch als bisher die Kolonien Lieferant der Rohstoffe für das Mutterland werden, dagegen selbst ein Absatzgebiet für deutsche Erzeugnisse bilden. Mit 93 Proz. ist die Rentabilität des insgesamt investierten Kapitals bei den Schiffahrtsgesellschaften die höchste, dann folgen Banken (85 Proz.), Bergbauunternehmungen (67 Proz.), Eisenbahnen (63 Proz.), während die Rentabilität bei den Pflanzungsunternehmungen nur mit 32 Proz. bemessen ist. Und doch ist gerade aus den letzteren in Zukunft auf ein besseres Ertragsniveau gerechnet worden, dazu trägt nicht nur der stetig gesteigerte Eisenbahnbau, geschickte Maßnahmen des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, sondern letzten Endes auch der Beginn der Lösung der Bodenkreditfrage bei, die in der Gründung der Südwestafrikanischen Bodenkreditgesellschaft ihren Ausdruck gefunden hat. Der Handel in den Kolonien hebt sich von Jahr zu Jahr; im Verein mit einer gesunden Eingeborenenpolitik und großzügig angelegten Verkehrsunternehmungen muß sich eine stärkere Kapitalinvestition in unserem Kolonialbesitz wohl rentieren, und es ist dringend zu wünschen, daß das Mißtrauen, welches auf einigen Fehlschlägen aus verspekulierten Gründungen basiert, verschwindet und dem Kapital mehr wie bisher die Wege gebahnt werden im Interesse der Volkswirtschaft, nicht nur der Kolonien, sondern auch des Mutterlandes.“

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 3. April. Kurse von 1 1/4 bis 2 1/4 Uhr. Kreditaktien 205 1/2, Disconto-Kommandit 188 1/2, Dresdner Bank 152 1/2, Petersb. Int. Handelsbank 196 1/2, Staatsbahn 156 1/2, Lombarden 21 1/2, Baltimore und Ohio 90 1/2, Schantung 143 1/2, Luxemburger 133 1/2, Nord-Lloyd 124 1/2, a 123 1/2, Deutsche Bank 158 1/2, Harpener 184 1/2, Phönix 241 1/2, Edison —.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Druckerei-Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Gerne:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-83.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Bg. monatlich, 2. u. vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, außerdem durch die Reichspostanstalt. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Verlags- und Druckerei-Verlag Langgasse 21, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen des Reichs; in Berlin: die Verlags- und Druckerei-Verlag Langgasse 21 und in den benachbarten Orten und im Ausland die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Bg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Mein Anzeiger“ in einwöchiger Spalte; 20 Bg. in beiden abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bg. für lokale Anzeigen; 2 Bg. für auswärtige Anzeigen. — Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Nummern: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 6 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wankelstr. 66, Fernspr.: Amt Uhlend 450 u. 451.

Samstag, 4. April 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 160. • 62. Jahrgang.

Der Sonntag im deutschen Gesetz.

Das Problem der Sonntagsarbeit hat einen doppelten Charakter: Der Mensch braucht diesen Tag, um sein religiöses Bedürfnis befriedigen und zugleich, um sich von der Wochenarbeit erholen zu können. Beides, die Sonntagsheiligung und die Sonntagsruhe, ist bei der aufregenden und aufreibenden Hast des modernen Lebens auf allen Gebieten besonders nötig und wichtig und es wird nicht zu bestreiten sein, daß, was die englische und nordamerikanische Volkssitte zubielt an Sonntagsstrenge hat, unsere deutsche Volkssitte in bedauerlichem Maße zutunig aufweist. Es ist aber klar, daß die Gesetzgebung, wenn sie die Sonntagsarbeit einschränken will, auf die Sonntagsfitten und Anschauungen des Volks Rücksicht zu nehmen hat, so gewiß sie andererseits weitgehend vorangehen und erzieherisch wirken soll.

Die mannigfachen Bestrebungen nach besserem Schutz des Sonntags, die auf Wiedern zurückgehen und sich 1876 zu einem „Internationalen Kongress für Beobachtung der Sonntagsruhe“ verdichteten, fanden einen vorläufigen Abschluß durch das Reichsgesetz vom 1. Juni 1891, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung. Vorher bestanden nur in den Einzelstaaten buntbedeckte Polizeiverordnungen zum Schutz der Gottesdienste vor äußeren Störungen, die zudem recht ungenügend durchgeführt waren. Vielfach waren die Läden mit Ausnahme der gottesdienstlichen Stunden den ganzen Sonntag offen gewesen. Nur in wenigen Städten war die Sonntagsruhe durch Ortsstatut geregelt. Demgegenüber bedeutete das Arbeiter-Schutzgesetz vom Jahr 1891 einen wesentlichen sozialpolitischen Fortschritt. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes, das uns ja durch seine drastische Durchführung in Fleisch und Blut übergegangen ist, sind die §§ 105a—i. Nach § 105b dürfen Industrie-Arbeiter an Sonn- und Festtagen grundsätzlich nicht beschäftigt werden. § 105c zählt einige nötigen und unaufschiebbaren Arbeiten einzeln auf, auf die diese Bestimmungen keine Anwendung finden. Weitere Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit in Gewerbebetrieben sind durch verschiedene Verordnungen des Bundesrats aus den Jahren 1895 und 1896 geregelt. Gerade die genaue, möglichst erschöpfende Aufzählung der Sonntags-erlaubten Arbeiten bildet einen Vorzug des deutschen Sonntagsgesetzes.

Für das Handelsgewerbe lautet die wichtigste Bestimmung in § 105b Abs. 2: „Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Feiertagen nicht länger als 5 Stunden beschäftigt werden. Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde kann diese Beschäftigung für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes auf kürzere Zeit eingeschränkt oder ganz untersagt werden. Für die letzten 4 Wochen vor Weihnachten sowie für einzelne Sonn- oder Feiertage, an welchen örtliche Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, kann die Polizeibehörde eine Vermehrung der Stunden, während welcher die Beschäftigung stattfinden darf, bis auf 10 Stunden zulassen.“

Von der hier gegebenen Möglichkeit, völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einzuführen, haben nicht wenige größere Städte Gebrauch gemacht, z. B. Darmstadt, Dresden, Frankfurt a. M., Königsberg, Leipzig, München, Offenbach und Stuttgart.

Unterdessen ist man oben und unten zu der Einsicht gekommen, daß die Sonntagsruhe im Kleinhandel und in Kontoren dringend einer weiteren Ausdehnung bedarf. Der weitgehende Regierungsentwurf von 1907 darf nicht zur Verabschiedung. Im November 1913 wurde dem Reichstag ein neuer Gesetzentwurf über die Neuordnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vorgelegt, der nach einer weitläufigen ersten Lesung im Januar 1914 einem Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen wurde. § 1 dieses Entwurfs besagt:

„Im Betrieb der offenen Verkaufsstellen ist eine Beschäftigung bis zu drei Stunden zulässig; die höhere Verwaltungsbehörde kann für Orte, in denen die Bevölkerung aus der Umgegend an Sonn- und Feiertagen die offenen Verkaufsstellen aufsucht, eine Beschäftigung bis zu 4 Stunden zulassen.“

An 4 weiteren Sonntagen ist wie bisher Beschäftigung bis zu 10 Stunden erlaubt. Nach § 2 sind die Stunden so festzusetzen, daß die Beschäftigten im Besuch des öffentlichen Gottesdienstes nicht gehindert werden. § 3 erlaubt jüdischen Geschäftsleuten, die am Sabbat feiern, Gehilfen und Lehrlinge jüdischen Glaubens bis zu 5 Stunden innerhalb der Geschäftsräume zu beschäftigen.

Wir haben es hier mit einem Kompromiß zu tun, der durch das Bestreben veranlaßt ist, auch dem Interesse der Arbeitgeber möglichst entgegenzukommen. Den dankenswerten Fortschritt dieses Gesetzentwurfs gegen-

über dem seitherigen Zustand wird man zwar nicht verkennen, aber es ist doch zu bedauern, daß der Schritt nach vorwärts so klein geblieben ist. Jedenfalls ist es zu verstehen, daß die verschiedenen Angestelltenverbände hin und her, z. B. in Frankfurt, Mainz und Reutlingen, Protestresolutionen fassen.

Saben diese Tausende von Privatangestellten, die am Sonntagnachmittag bis 3 oder 4 Uhr die Kundschaft zu bedienen haben, nicht ein Recht zu der Frage: Warum haben wir nicht ebensogut frei wie der Arbeiter, der bei uns kauft? Sind wir etwa Stiefkinder des Vaterlandes, daß man bei uns der sozialen Reformen überdrüssig wird? Ist uns nicht billig, was den anderen recht ist? — Wer sich teilnehmend in die Lage und Seelenverfassung der Angestellten versetzt, der wird derartigen Gedankengängen und Stimmungen ihre Berechtigung nicht verweigern können.

Erfreulicherweise gewinnt diese Einsicht immer mehr Boden auch unter den Arbeitgebern. 1913 haben sich bei einer Umfrage durch ganz Deutschland 41 000 Geschäftsleute für die Vorlage ausgesprochen. Diese Leute sagen sich vernünftigerweise, daß durch die Sonntagsruhe der Warenkonsum sich niemals vermindern, sondern höchstens verschieben kann und daß der unschätzbare Segen eines freien Sonntags für sie selbst und ihre Familien wie für ihre Angestellten die kleinen Nachteile einzelner bei weitem aufwiegt. Mögen die berufenen Gesetzgeber und die kaufmännischen Organisationen sehen, wie am besten Schädigungen der Ladeninhaber vermieden werden. Mögen der Städte wie der Landmann jetzt schon mit der schlechten Angewohnheit brechen, manche Einkäufe auf den Sonntag zu verschieben, auch wo dies durchaus nicht notwendig ist. Diese Rücksicht auf den Nebenmenschen scheint uns ohne besondere Opfer leicht möglich zu sein, wo nur der gute Wille und ein wenig Nächstenliebe vorhanden ist.

Die notwendigen Ausnahmen von der Sonntagsruhe für den Milchhandel, Metzgereien, Bäckereien und den Blumenverkauf werden von keinem Menschen angefochten. Auch die in § 3 vorgesehene Ausnahme zugunsten israelitischer Geschäftsleute erscheint uns mit der Regierung trotz der Befämpfung durch die Handlungsgehilfen nur billig zu sein, da doch diese durch den Laden- und Kontorabschluß am Sabbat zweifellos gegenüber ihren christlichen Konkurrenten benachteiligt sind.

Aber eins scheint uns bei den öffentlichen Erörterungen dieses Gegenstands nicht hinreichend gewertet zu werden. Es handelt sich bei der Frage der Sonntagsruhe durchaus nicht bloß um ein geschäftliches Problem, bei dessen Lösung man es den Ständesvertretern überlassen könnte, eine mittlere Linie für ihre entgegengegesetzten Interessen zu suchen — die Interessen beider Gruppen sind übrigens gerade in dieser Frage weithin gemeinsam — es handelt sich vielmehr um unser Erachten um eine Kulturfrage im eminenten Sinn, um die Frage, ob „das Volk der Dichter und Denker“ seinen ererbten Idealismus für die Zukunft so weit zurückdrängen wird, daß die klingenden Werte im Kurs über Vari stehen, die Gemütswerte aber immer weniger Nachfrage finden. Dr. Rittelmeyer-Nürnberg hat recht: „Wer für Sonntagsruhe kämpft, kämpft direkt um deutsches Herbenleben, deutsches Familienleben, deutsches Geistesleben.“ Ebenso der Arbeitersekretär Anton Erfelenz: „Wenn selbst ein Gedanke wie der der Sonntagsruhe, der so starke sittliche, religiöse und kulturelle Kräfte in sich trägt, an Ansauferei und Kurzsichtigkeit scheitern muß, dann ist das ein bedauerlicher Beweis für Mangel an Staatsmännischer Begabung in der deutschen Mittelsklasse.“ Es wäre unseres Erachtens auch ein Beweis dafür, daß der unfähige Erwerbsgeist unserer Zeit die Innigkeit und Sinnigkeit, die das deutsche Gemüt vor Zeiten besaß, erdrückt und ersticht hat, daß wir in der Mehrheit recht nüchtern und kalt berechnend geworden sind. Man hat das englische Volk bei uns schon verächtlich ein Krämervolk genannt. Und doch ist die Volkssitte bei diesem klug rechnenden Volk stark genug gewesen, um völlige Sonntagsruhe durchzuführen, wobei außerdem jeder Handlungsgehilfe dort Anspruch auf einen halben freien Tag in der Woche hat. Die Rechnung, man verdiene in 7 Tagen mehr als in 6, und die Meinung, man könne bei dem intensiven modernen Betrieb ohne Verkauf am Sonntag nicht auskommen, wäre nur dann richtig, wenn die Woche noch einen 8. Tag hätte. Der freie Sonntag ist unentbehrlich als Akkumulator von Arbeits- und Seelenkraft, welche beim Durchschnittsmenschen eben gerade noch bis zum nächsten Rasttag reicht. Ist nicht gerade der Geschäftsmann in der Gefahr, den Erwerb für den einzigen und höchsten Zweck seiner Arbeit und seines Lebens anzunehmen? Der Sonntag als Tag innerer Sammlung soll ihm inmitten seiner Vielgeschäftigkeit und des Wechsels der Glücksgüter die bleibenden und ewigen Werte vermitteln. Dabei läge es in der strengen Konsequenz dieser Gedanken, daß die Wohltat der Sonntagsruhe auch den

Betrieben, die bis jetzt nach § 105i vom Sonntagsruhegesetz ausgenommen sind, in einem die Bedürfnisse der Gesamtheit und den besonderen Charakter dieser Erwerbszweige berücksichtigenden Maß zugänglich gemacht würde.

Gewiß kann man mit Gesetzen nicht alles machen. Das Volk schafft sich seine Sitten selbst, gerade auch auf dem Gebiet der Sonntagsruhe und der Sonntagsheiligung. Aufgabe des einzelnen ist es, durch das eigene Beispiel an der Verminderung der Feld-, Haus- und Handarbeit mitzuhelfen. Aber Möglichkeiten öffnen, Vorbedingungen schaffen und aus Zwangslagen herausheben, das kann und soll der Gesetzgeber. Und hier steht nicht bloß die leibliche und seelische Gesundheit unseres kaufmännischen Nachwuchses, sondern überhaupt die öffentliche Wertung des Sonntags und der in ihm verborgenen sittlichen und religiösen Kräfte auf dem Spiel.

„Saure Bochen, frohe Feste!“ empfiehlt der Altmeister von Weimar. An „sauren Bochen“ fehlt es weder den Angestellten im Handelsgewerbe noch denen, auf deren Schulter das Risiko und die Verantwortung lastet. Um aber „frohe Feste“, wirkliche Lichtblicke des Lebens, feiern zu können, dazu braucht der Mensch einen Tag, an dem er „ledig aller Pflicht“ sich selber gehört und seinen Angehörigen und Freunden, da er in den heiligen Räumen des Gotteshauses, in der trauten Stille seines Zimmers oder im weiten Dome der Schöpfung neue Kraft und Treue, Ausdauer und Geduld schöpfen kann für die Kämpfe des Lebens.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kronprinz trifft heute über Danzig in Poppel ein, wo die Kronprinzessin seit zehn Tagen weilte. Die Rückkehr des Kronprinzenpaars erfolgt am Dienstag.

Die bereits angekündigte Ernennung des bisherigen Generalkonsuls in London, Bielef. Geh. Legationsrats Dr. Johannes zum Direktor im Auswärtigen Amt, wird nunmehr amtlich bekannt gegeben.

* Der Aufenthalt des Kaisers auf Korfu. Der Kaiser und das Gefolge sowie die königliche Familie demüßten gestern nachmittag bei den Ausgrabungen, erst bei Gortika, dann im Park von Monrepos.

* Kein Besuch des Herzogs von Cumberland in Braunschweig. Entgegen den Meldungen aus Gmunden, wonach ein Besuch des cumberlandischen Herzogs in Braunschweig demnächst bevorsteht, erfahren die „A. N. N.“ aus zuverlässiger Quelle, daß nur der Besuch der Herzogin Thyra in nächster Zeit in Braunschweig erfolgen wird. Der Herzog von Cumberland wird zunächst nicht nach Braunschweig kommen. Die Gründe dafür sind nach der „Braunschweig. Landesztg.“ höfischer Art. Es ist nicht Gepllogenheit, daß ein Fürst einem anderen deutschen Fürsten einen Besuch abstattet, bevor nicht dieser nach seinem Regierungsantritt den offiziellen Besuch des Reichsoberhauptes empfangen hat.

* Der Sohn des Oberhofpredigers Dr. Ryander in das Zivilkabinett berufen. Alfred Ryander, der einzige Sohn des Oberhofpredigers Dr. Ryander, ist in das Zivilkabinett berufen worden. Er war zuerst im Reichsamt des Innern beschäftigt und zuvor Landrat in Hadersleben an der dänischen Grenze.

* Auflegung von Versicherungskapitalien in Staatspapieren. Angesichts des verschiedentlich aufgetauchten Planes, die Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Lebensversicherungsgesellschaften, zur Anlage eines bestimmten Teiles ihres Vermögens in Staatspapieren gesetzlich zu verpflichten, hat sich der Deutsche Handelsrat, einer Anregung der Handelskammer zu Braunschweig folgend, mit der Anfrage an die Reichsregierung gewandt, ob amtlich Derartiges beabsichtigt werde. Darauf hat der Staatssekretär des Innern jetzt folgenden Bescheid erteilt: „Die Frage der Heranziehung der Versicherungsgesellschaften zur Anlage eines Teils ihres Vermögens in Reichs- und Staatspapieren hat einer Prüfung unterlegen. Endgültige Entscheidungen sind jedoch noch nicht getroffen.“

* Eine Statistik über die Getreidebestände. Der Bundesrat hat nach der „A. pol. Korresp.“ in seiner Sitzung vom 2. April dem Entwurf eines Gesetzes über statistische Aufnahmen der Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei zugestimmt. Das Gesetz, das dem Reichstag alsbald zugehen wird, gibt dem Bundesrat die Vollmacht statistische Aufnahmen solcher Vorräte für den Umfang des Reichs anzuordnen. Solche allgemeinen Aufnahmen werden zunächst in zwei aufeinanderfolgenden Jahren vorgenommen. Später dürfen sie nur alle vier Jahre stattfinden.

* Keine Jesuitenniederlassung in Oberfranken. Zu der Nachricht, daß ein von Dr. Heim angekauft Gut in Reichleiten bei Bamberg als Erholungsheim für Jesuiten dienen soll, und daß Dr. Heim lediglich die Mittelsperien gewesen sei, teilt Dr. Heim den „Regensb. A. Nachr.“ mit, daß an eine solche Absicht überhaupt nicht zu denken sei. Das Gut wäre verhältnismäßig klein, und man ginge mit der Absicht

um, es zu einem Diensthofen einzurichten. Zu diesem Zweck würden Schweifern zur Pflanz der alten Diensthofen nötig sein, und das wäre alles, was an der Reduktion wäre.

* Zum Besuch amerikanischer Hoteliers in Berlin. Am 3. Mai wird der Besuch der amerikanischen Hoteliers in Berlin erwartet. Für die Begrüßung durch die Mitglieder der Stadtverwaltung sind 2000 M. bewilligt worden.

* Ein Spionagefall in Mex. Gerichte über die Verhaftung eines Luxemburgers in Mex wegen Spionage werden jetzt bestätigt. Es handelt sich um einen früheren Anwaltsrat, dessen Verhaftung, eine Kellnerin, einem Offizier der Garnison militärische Papiere entwendet hatte. Die Angelegenheit wird demnächst dem Reichsgericht überwiesen werden.

* Der Kauf des ehemaligen Krenemannschen Rittergutes Schierau durch die Ansiedlungskommission soll jetzt perfekt geworden sein.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Prinz Rag von Sachsen in Venedig. Venedig, 3. April. Prinz Rag von Sachsen, der sich jetzt hier zum Besuch befindet, hielt heute in Gemeinschaft mit dem Metropolit Grafen Szepietz dem deutschen Konsul einen längeren Besuch ab.

Errichtung einer italienischen Universität in Laibach. Laibach, 3. April. Das slowenische Blatt „Slovenec“ will aus Regierungskreisen erfahren haben, daß die österreichische Regierung in Laibach eine italienische Universität zu errichten gedenkt, um damit einem lange gehegten Wunsch der Italiener nachzukommen.

Eine Dynamitexplosion in Pola. Pola, 4. April. Im kroatischen Vereinshaus fand ein Mann namens Krugitz auf der Treppe eine Zigarre und zündete sie an. Plötzlich explodierte sie. Er erlitt schwere Verletzungen im Gesicht und erblindete auf beiden Augen. In der Zigarre befand sich eine kleine Dynamitpatrone. Die kroatische Partei nimmt an, daß ein politisches Attentat vorliegt.

Frankreich.

Eine Nachtigung der Kammer. Paris, 3. April. Nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten Doumergue, welcher nochmals nachdrücklich versicherte, daß er den Bericht des Oberstaatsanwalts Jaurès von dessen Verleumdung durch Barthou nicht gekannt habe, beschloß die Kammer, zur Erledigung der Rochette-Angelegenheit eine Nachtigung abzugeben. Dieselbe wird hauptsächlich einer Rede des Obmanns des Untersuchungsausschusses, Jaurès, gewidmet sein. In ihrer Nachtigung lehnte die Kammer mit 342 gegen 141 Stimmen die Priorität für den Antrag Delahaye ab, wonach gegen Monis und Caillaux wegen Beamtenebstahl ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden soll. Die Kammer nahm mit allen 488 Stimmen die von Renard und Darcac eingebrachte Tagesordnung an, die von den Schlussfolgerungen der Untersuchungskommission Kenntnis nimmt, die mißbräuchliche Einmischung der Finanz in die Politik und der Politik in die Angelegenheiten der Justiz tadelt und die Notwendigkeit eines Gesetzes über die parlamentarischen Inkompatibilitäten betont. Dann lehnte die Kammer mit 359 gegen 103 Stimmen einen Antrag Colly ab, wonach die Tatsachen, wegen deren Caillaux, Monis, Barthou und Briand getadelt wurden, der zuständigen Gerichtsbarkeit überwiesen werden sollen. Die Kammer lehnte die Eröffnung einer richterlichen Untersuchung durch Handaufheben ab und nahm schließlich mit 325 gegen 128 Stimmen eine Tagesordnung an, wonach die Trennung der Gewalt auf die vielfachste Art gesichert werden soll. Darauf vertagte sich die Kammer bis zum 2. Juni. — Es ist den Gegnern von Monis und Caillaux nicht gelungen, die Minister irgendwie zur Verantwortung zu ziehen, und die ganze Angelegenheit gehört damit der Vergangenheit an.

Die Budgetvorlage. — Beratung des Senats. Paris, 3. April. Die Kammer beriet über die Gesetzentwürfe, be-

treffend zwei provisorische Budgetmittel für die Monate Mai und Juni. Mehrere Zentrumsenatoren machten in scharfen Ausdrücken der Kammer den Vorwurf, daß sie auseinandergehe, ohne das Budget angenommen zu haben. Auf der Linken erwiderte man mit ähnlichen angedeuteten Nebenheiten. Darauf wurde nach einigen Worten des Finanzministers über die Lage des Schatzes die Gesetzentwürfe mit 264 gegen 159 Stimmen angenommen. — Der Senat hat den von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf über die Cadres und die Effektivität der verschiedenen Waffengattungen sowie den Entwurf über die beiden Budgetmittel für Mai und Juni ebenfalls angenommen. Darauf vertagte er sich ebenfalls bis zum 2. Juni.

Die Ergänzungsteuer. Paris, 3. April. Die Budgetkommission des Senats hat trotz des Widerspruchs des Finanzministers die Ergänzungsteuer von dem Finanzgesetz abgetrennt.

Einstellung des Spionageverfahrens gegen einen Deutschen. Paris, 4. April. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat der Untersuchungsrichter das Verfahren gegen den vorgeführten unter dem Verdacht der Spionage verhafteten Eloy-Bohringer Julius Dumont aus Götze (Deutsch-Lothringen) eingestellt, da sich dieser Verdacht als vollständig unbegründet erwiesen hat.

Funkstationen im pazifischen Ozean. Paris, 3. April. Die Kammer hat den Gesetzentwurf auf Errichtung von Funkstationen in den französischen Niederlassungen Australiens und Neufundlands angenommen.

England.

Asquith in seinem Wahlkreis. London, 3. April. Premierminister Asquith fand in New Castle, Bedfordshire die herzlichste und begeistertste Aufnahme. Seine Reise nach dem Norden schloß einen Triumphzug. Nach seiner Ankunft in New Castle hielt Premierminister Asquith an die auf dem Bahnhof versammelten Liberalen eine Ansprache, in der er ausführte, die Zeiten seien kritisch, die fundamentalen Grundsätze seien in Frage gestellt und große Dinge ständen auf dem Spiele; aber vorausgesetzt, daß Festigkeit und Einigkeit unter den Fortschrittlichen herrsche, würden sie ihr großes Werk leisten und vollenden. Als der Zug mit dem Premierminister New Castle verließ, versuchte eine Anhängerin des Frauenstimmrechts den Zug zu besteigen. Zwei Polizisten ergriffen die Frau, die in dem entstehenden Handgemenge bemitleidet wurde.

Ein neues schändliches Dynamitattentat durch Suffragetten. London, 3. April. Suffragetten versuchten heute morgen, die Belmont-Kirche im Westen von Glasgow in die Luft zu sprengen. Es erfolgten drei Explosionen. Nur eine Tür und eine Türschwelle sind beschädigt worden.

Spanien.

Der neue Kammerpräsident. Madrid, 3. April. Zum Präsidenten der Deputiertenkammer wurde einstimmig Besada gewählt.

Italien.

Das Befinden des Papstes. Köln, 3. April. Die „Köln. Volksztg.“ meldet aus Rom: Als der Leibarzt des Papstes von seinem heutigen Besuch beim Papste zurückkehrte, hat er den Korrespondenten der „Köln. Volksztg.“, die den wahren Sachverhalt entstellenden Nachrichten in der deutschen Presse über das Befinden des Papstes zu dementieren. Nach dem Urteil des Leibarztes ist der Papst guten Humors und durchkreuzt mühelos die Gemächer des Vatikans. Auch der Gesamtzustand gebe nach menschlichem Ermessen zu keiner Befürchtung Anlaß. In manchen Tagen bedränge ihn, aber nur vorübergehend, das Wühlfeiden am rechten Knie, was ebenfalls auch die Stimmung etwas beeinflusse; dies hätten zufällige Audienzbesucher sofort als schüchternes Zeichen ausgelegt.

Kaufereien in der Kammer. Rom, 4. April. Die Debatte über die Erklärung der Regierung haben vorläufig außer heftigen politischen Angriffen der Sozialdemokraten und Radikalen gegen Salandri zu einem Zusammenstoß zwischen einem sozialistischen und dem nationalistischen Abgeordneten, der besonders in der Rüstung durchschlag, der besonnene Walter Fürst des Herrn Legal, der durchgegriffene Kittinghausen des Herrn Kober. Herr Albert war ein Melchior, der nicht durch Temperament und einige kollektive losgerissene Affektstellen blendete, sondern der diesmal durch seine Wärme und Schlichtheit der Diskussion ergriff. Der Einbruch, den Herr Fürst machte, wurde gehoben durch das Spiel des Herrn Lehmann als grausam-hämischer Gelehrter. Auch die Darstellung der vielen anderen Rollen war durchweg auf achtbarer Höhe, bis auf Ausnahmen, die unzulänglich besetzt waren. Darsteller, die nur gelegentlich politisch herangezogen werden, entschädigen sich dann oft durch heumühigend starke Tongebung; das ist lästig.

Aus Kunst und Leben.

Paul Heyse.

— In dem Heyse'schen Trauerhaus an der Luisenstraße in München, dessen Giebel der Greif des Verlagswappens des Hauses Cotta schmückt, war seit gestern früh ein Kommen und Gehen. Telegrammboten wechselten mit Kranzträgern, und Freunde und Angehörige erschienen, um ihr Beileid auszudrücken. Um 1/2 11 Uhr mittags wurde die Leiche zum Waldfriedhof übergeführt. Der Wagen war mit Kränzen bedeckt. Unter den zahlreichen Beileidskundgebungen befinden sich solche von bekannten Dichtern und Schriftstellern, so von Ludwig Fulda, der zur Beisehung nach München kommt und voraussichtlich die Tranenrede hält. Auch telegraphische: „Ich verliere das Gesicht meiner Jugend, den Führer meiner Entwicklungsjahre, den edelsten, treuesten Freund während eines Menschenalters und so verarmt auch mein Leben um eines seiner wichtigsten Güter.“ Unter den Kranzgebern ist eine vom Bringen Leopold sowie eine von der Stadtgemeinde München für ihren Ehrenbürger. Gestern vormittag hat Professor Kutz die Totenmaske abgenommen. Professor Kutz, welcher zeichnete den Verstorbenen. Die hiesigen Kollegen hatten am Sonntagnachmittag eine Trauerfeier ab, bei der der Oberbürgermeister die Tranenrede hielt.

Der König von Bayern sandte der Witwe Heyse's folgendes Telegramm: „Die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Gatten hat mich mit aufrichtiger Teilnahme erfüllt. Vor 60 Jahren von König Maximilian II. nach München berufen, hat der große Dichter und Meister der Novelle hier ein

geordnetes Leben geführt, das in eine regelrechte Bräuterei ausartete, bei der die Rufen blutig geschlagen wurden und Stühle in die Brüche gingen.

Rußland.

Tätlichkeiten in der Duma. Petersburg, 3. April. Während der Beratung der Interpellation in der Reichsduma über die Vergiftungsfälle in den Fabriken kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Abgeordneten der Linken und der Rechten, die in Tätlichkeiten auszuarten drohten. Zwei Abgeordnete der Linken sind für die Dauer von zwei Sitzungen von den Verhandlungen ausgeschlossen worden.

Eine Geheimniskammer der Duma. Petersburg, 4. April. Im Laufe einer Sitzung hinter verschlossenen Türen hat die Duma ohne weiteres förmliche Gesetzesprojekte angenommen, die ihr vom Kriegsminister vorgelegt worden waren. Auch den Zeitungen ist nichts Näheres über die Gesetze bekannt. Doch erregt die Angelegenheit die größte Aufmerksamkeit.

Elf Millionen Rubel Budgetüberschuß. Petersburg, 3. April. Der Vorschlag des Staatsbudgets schließt mit einem Überschuß von 11 Millionen Rubel ab. Die Budgetkommission hat bei allen Ministerien Abzüge vorgenommen, nur der Etat des Kultusministeriums wurde in der vorgeschlagenen Höhe belassen. — Die Kosten für die Reichsduma werden sich in diesem Jahre auf über 3 Millionen Rubel belaufen, von denen auf Diäten allein 2 Millionen Rubel kommen.

Ein Tabakmonopol. Petersburg, 4. April. Aus Anlaß des Gerüchts über die Einführung eines Staatsabakmonopols in Rußland gibt das Finanzministerium bekannt, daß die gegenwärtige Lage der gesamten Tabakindustrie einer genauen Prüfung unterzogen werde, welche voraussichtlich Mitte 1915 abgeschlossen sein werde. Erst dann, wenn die Ergebnisse dieser Prüfung vorliegen, werde über die Frage und damit über die Tabakabgaben endgültig beschlossen werden. Sollte sich das Ministerium für das Tabakmonopol entscheiden, so würde dieses nicht vor dem 14. Januar 1918 eingeführt werden.

Rückkehr Wittes? Petersburg, 3. April. In hiesigen Finanzkreisen wird erneut behauptet, daß Graf Witte wieder zur Leitung des Finanzressorts berufen werde, da die gegenwärtige Finanzwirtschaft auf die Dauer unhaltbar sei. Von Wittes Rückkehr zur Regierung wurde schon bei Abgang Kollomzow gesprochen und Personen, die der Regierung nahe stehen, halten diesen Schritt nicht für unwahrscheinlich.

Verhaftung finnischer Nationalisten. Petersburg, 3. April. Die Nationalisten J. Bestam und Lindenberg in Tampere (Finnland) wurden wegen Widerstands gegen das Gleichberechtigungsgesetz verhaftet und nach Petersburg transportiert.

Der Anteil der akademischen Jugend an der Arbeiterbewegung. Petersburg, 3. April. Die Polizei erlangte klare Beweise dafür, daß die aus Anlaß der Erkrankungen in verschiedenen Fabriken ausgebrochene Arbeiterbewegung von Studenten und sogar von Böglingen höherer weiblicher Lehranstalten geführt wird. Die Bewegung hat einen politischen Charakter angenommen. In dem entlegenen Stadtteil Pefki wurden Hausdurchsuchungen bei Studenten und Studentinnen vorgenommen, die zu zahlreichen Verhaftungen führten. Die akademische Jugend ist jedoch nur ein Werkzeug des geheimen Komitees, das die Polizei nicht zu entdecken vermocht hat.

Blutige Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei. Petersburg, 3. April. Gestern Abend kam es in den Arbeitervierteln zu schweren Zusammenstößen zwischen den streikenden Arbeitern, die in geschlossenem Zuge mit roten Fahnen zu demonstrieren versuchten, und der Polizei. Die Polizei gab Feuer; 12 Arbeiter wurden tödlich verletzt ins Hospital verbracht. 200 Personen wurden verhaftet und 10 rote Fahnen wurden konfisziert. — Die Gesamtzahl der ausgesperrten und streikenden Arbeiter beläuft sich auf 70 000.

Niesenunterschlagungen im Peterburger Hauptpostamt. Petersburg, 3. April. Eine plötzliche Revision auf dem

Feuilleton.

Königliche Schauspiele.

Freitag, den 3. April: „Wilhelm Tell.“ Schauspiel in 5 Akten von Schiller.

Mit allseitiger Befriedigung wird die Wiederaufnahme von Schillers unterbliebenem „Tell“ in den Spielplan des Hoftheaters begrüßt. Wiederaufnahmen dieses Werkes zu bringen, sollte jedem Theaterunternehmen, das nicht völlig von den Alltagswünschen der breiten Masse beherrscht wird, frohe Ehrenpflicht sein. Jedem wird der „Tell“ etwas bringen, jeder wird das Theater mit dem Gefühl des Gebührens verlassen, das die notwendige Begleitercheinung des echten Kunstgenusses ist. Es ist jetzt Mode geworden, den Namen Schiller mit einem gewissen nachlässigen Nacheinander auszusprechen, als ob der Dichter ein überwindener Standpunkt sei, allenfalls noch als geistige Speise für Kinder in reiferen Jahren geeignet. Gottlob ist man andererseits des platten Naturalismus müde geworden, der glaubte, die dramatische Wahrheit bestünde darin, daß sich das wirkliche Leben in seiner ganzen Alltäglichkeit, mit jedem Häusern, Sammeln, mit jedem Spitalgeruch und jeder Gemeinheit vor uns abspiele. Wir finden in den Schiller'schen Werken trotz Jamben und Pathos mehr Lebenswirklichkeit in höherem Sinne als in vielen „naturalistischen“ Dramen der Gegenwart, in denen gewaltiger Schneider und Handschuhmacher in ihren körperlichen und geistigen Räten und vorgeführt werden. Möge sich das Unterscheidungsvermögen allseitig derart schärfen, daß man bald von einer sich vollziehenden Rückkehr zu Schiller sprechen kann.

Die Aufnahme des Werkes war eine begeisterte, was die ganz vorzügliche Aufführung aber auch verdient. Ob der Punkt dem Publikum zu den Darstellern übertrug oder ob es umgekehrt war, gleichviel, es wurde mit einem Glanz gespielt, der zu frühem Beifall hinreißt. Herr Overth ist ein ausgezeichnete Tell, kraftvoll steht er auf stämmigen Beinen, sonnigen Gemüts blickt er froh und hell ins Leben. Er war ganz der freitbare Rede, der nicht lange bedenkt, sondern handelt. Nach dem Eintritt des Tellers wird der naive Tell bewußt und erhebt sich zum Mäher und Vorseher, eine Wandlung, die Herr Overth prachtvoll zum Ausdruck brachte. Neben ihm ist zu nennen der Auge Staufacher des Herrn

Rebus, der besonders in der Rüstung durchschlag, der besonnene Walter Fürst des Herrn Legal, der durchgegriffene Kittinghausen des Herrn Kober. Herr Albert war ein Melchior, der nicht durch Temperament und einige kollektive losgerissene Affektstellen blendete, sondern der diesmal durch seine Wärme und Schlichtheit der Diskussion ergriff. Der Einbruch, den Herr Fürst machte, wurde gehoben durch das Spiel des Herrn Lehmann als grausam-hämischer Gelehrter. Auch die Darstellung der vielen anderen Rollen war durchweg auf achtbarer Höhe, bis auf Ausnahmen, die unzulänglich besetzt waren. Darsteller, die nur gelegentlich politisch herangezogen werden, entschädigen sich dann oft durch heumühigend starke Tongebung; das ist lästig.

Lebenswerk geschaffen, durch das er sich in dem deutschen Geistesleben einen hervorragenden Platz errungen hat. Er hat sich durch seine Werke ein unvergängliches Denkmal gesetzt, das die Erinnerung an den Namen Paul Heyse für alle Zeiten erhalten wird. Von Herzen nehme ich Anteil an der allgemeinen Trauer um den Dahingegangenen und spreche Ihnen, angedigter Frau, mein herzlichstes, innigstes Beileid aus. — Der König hat im Trauerhause einen Kranz niederlegen lassen.

Die in der Kapelle des Waldfriedhofes aufgebahrte Leiche des Dichters wurde für die Öffentlichkeit zur Besichtigung freigegeben.

Die englische Presse widmet Paul Heyse längere Nachrufe, worin der Name des Dichters als einer der populärsten Dichter geistert und die Ansicht ausgesprochen wird, daß seine besten Erzählungen einen dauernden Platz in der deutschen Literatur behaupten werden. — Auch die Pariser Presse gedenkt des Toten in ehrenvollen Nachrufen. So schreibt u. a. der „Figaro“: „Paul Heyse war ein Pickling der Götter und ein Olympier, ein Meister der deutschen Sprache. Die griechischen Götter hatten ihm Angesicht, Haltung und Stimmung des Phäbus Apollo geschenkt. Seine Liebe zur Schönheit, die sich niemals verleugnete, ist ein Strahl des antiken Lichtes der Pallas Athene.“ — Die italienische Presse widmet Paul Heyse warme Nachrufe und feiert ihn als Dichter und Verfechter der italienischen Schönheit.

Kleine Chronik.

Wissenschaft und Technik. Der Historiker Alfred Dove, ein Sohn des berühmten Meteorologen, vollendet heute sein 70. Lebensjahr. Dove war eine Zeitslang Mitbegründer der von Gustav Freytag begründeten Zeitschriften „Die Grenzboten“ und „Das neue Reich“.

Der Mathematiker Professor Dr. Heinrich Jung in Kiel hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Jena abgelehnt; er sollte dort Geh. Rat Professor Joh. Thomae ersetzen.

Professor Dr. jur. Hans Planiß, Ordinarius für deutsches Privatrecht und deutsche Rechtsgeschichte in Basel, hat den Ruf an die Universität Frankfurt a. M. angenommen.

Der Privatdozent für deutsche Rechtsgeschichte und bürgerliches Recht in München, Dr. El. Fehr, v. Schwert wird dem Ruf als Extraordinarius an die Universität Gießen in Folge leisten.

Petersburger Hauptpostamt hat ein überraschendes Resultat erzielt. Es hat sich herausgestellt, daß die Beförderung seit Jahren um ungeheure Summen von den hohen Postbeamten bestohlen worden ist. Die höchsten Beamten selbst sind in die Unterschlagungen verwickelt. Aufsehen erregende Verhaftungen stehen bevor.

Balkanstaaten.

Die antiösterreichische Propaganda in Rumänien. Wien, 3. April. Der rumänische Minister des Äußeren wurde von König Carol in Audienz empfangen. Gegenstand der Besprechung bildete die Kundgebung der Kulturliga in Bukarest. — Wie die „Zeit“ aus Bukarest meldet, steht der Rücktritt des österreichisch-ungarischen Gesandten Grafen Czerny unmittelbar bevor. Angeblich soll die Tätigkeit des Grafen nicht erfolgreich genug gewesen sein.

Sturmjungen in der bulgarischen Kammer. Sofia, 3. April. Die gestrige Sitzung der Sobranje verlief von Anfang an sehr stürmisch, da ein Teil der Opposition in bestiger Weise eine sofortige Prüfung der Wahlen verlangte. Am zügellosesten benahm sich der frühere Finanzminister der Geschwopartei, Theodorow, selbst, der schlimme Skandalisierungen provozierte, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Die Kämpfe um Koriza. Wien, 3. April. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Valona: Eine große griechische Bande, durch verkleidete griechische Soldaten verstärkt, überfiel Koriza und richtete mehrere heftige Angriffe gegen die Stadt. Koriza steht in Flammen. Griechische Banden plünderten ferner die Ortschaft Frasari und einige Dörfer in der Umgebung. Sie haben viele Häuser niedergebrannt und eine größere Anzahl Personen getötet. Viele Menschen sollen in den Häusern lebendig verbrannt sein.

Errichtung eines serbischen Vorkonsulats in Berlin. Berlin, 3. April. Der Vizepräsident des durch die Amtsniederlegung des serbischen Generalkonsuls Julius Guttentag freigewordenen Generalkonsulats in Berlin wird, wie „Kirchliche Telegraphische Bureau“ erfährt, nicht wieder besetzt werden, da die serbische Regierung die Errichtung eines Vorkonsulats in Berlin beabsichtigt.

Nordafrika.

Reorganisation des ägyptischen Kabinetts. Kairo, 3. April. Das Ministerium ist zurückgetreten. Der frühere Ministerpräsident Mustafa Fehmy Pascha wird die Präsidentschaft übernehmen und ein neues Kabinett bilden.

Die Tripolitanerfrage in Tunis. Paris, 3. April. Nach einer Kavassmeldung aus Tunis dürfte das französisch-italienische Abkommen, betreffend die Nationalität der in Tunis lebenden Tripolitaner, sowie betreffend die Regelung der Frage der Gerichtsbarkeit, in kurzem unterzeichnet werden.

Günstige Nachrichten aus Marokko. Tanger, 4. April. Hier verlautet, daß der letzte große Feind der Franzosen, El Hiba, die Abreise hat, sich baldigst zu unterwerfen. Er hat sich gänzlich ohne Mittel in das Atlasgebirge zurückgezogen. Er soll seine zahlreichen Brüder zu einem familiären Zusammenbruch haben, in dem erzwungen wird, ob sie sich Frankreich unterwerfen oder versuchen sollen, Widerstand zu leisten. — Auch über den Widerstand, den die Spanier in ihrer Einflusszone in Marokko finden, kommen günstigere Nachrichten. Es verlautet, daß Maïskul, der größte Feind der Spanier, schwer erkrankt ist und bei dem Stamme der Beni Kron Gastfreundschaft gefunden hat, wo er an Typhus auf den Tod darniederliegt.

Mexiko.

Die Schlacht bei Torreón. London, 3. April. Eine Depesche aus Torreón zufolge wurde dort ein Ausländer getötet oder verwundet. Die Kämpfe begannen am 27. Februar. Ununterbrochen fanden Stürme auf die Stellungen der Bundesstruppen statt. General Villa unterhielt tagsüber Artilleriefeuer und ließ nachts im Sturm vorgehen. Die Stellungen wurden wiederholt genommen oder verloren. Die Kampflinie war vier Meilen lang. Die Natur des Geländes erschwerte die Vergung der Verbundenen; viele von ihnen starben an Durst, Hunger und mangelnder Pflege. Auf beiden Seiten sind gepanzerte Züge verwendet worden. Schließlich räumten die Bundesstruppen Torreón und zogen sich zurück.

Neue Erfolge der Rebellen. Guare, 3. April. General Villa berichtet aus Torreón, die Rebellen kämpften mit der Nachhut der fliehenden Bundesstruppen bei San Pedro. Hundert Mann der Bundesstruppen seien gefallen und 123 gefangen genommen worden. — Washington, 3. April. Der amerikanische Konsul Fletcher in Chihuahua meldet, daß die Truppen der Insurgenten nur fünf Meilen von Tampico entfernt seien und sich zum Angriff auf die Stadt bereit machten. Die Bundesstruppen hätten die Absicht, sich ohne Widerstand zu ergeben.

Asien.

Die Unabhängigkeitsbestrebungen in der Mongolei. Paris, 3. April. Der Petersburger Korrespondent des „Tamps“ meldet, daß der Gutacht, der Herrscher der äußeren Mongolei, sich, nachdem er die Hoffnung aufgegeben hat, mit Hilfe Russlands die Vereinigung aller mongolischen Gebiete unter seinem Segel herbeizuführen, in einem Schreiben an den Mikado wandte, um die Stimmung des japanischen Herrschers gegenüber seinem Plane zu sondieren. Er bat an den Mikado die Bitte um Unterstützung gerichtet, auf China einen Druck auszuüben, damit dieses seine Truppen aus der äußeren Mongolei zurückzieht; dann hofft der Gutacht mit Erfolg auf eine Vereinigung der mongolischen Rassen hinwirken zu können. Als Äquivalent für Japans Bemühungen hat er der Regierung des Mikado Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiete zugesichert.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Aus dem Stadtparlament.

Die Einführung und Verpflichtung des neuen Beigeordneten Dr. Gustav Fehzog sich in der üblichen und vorchriftsmäßigen Weise. Die Tätigkeit in der städtischen Verwaltung ist im allgemeinen aufregender und aufreibender als die in der Staatsverwaltung und sie ist mehr der Kritik ausgesetzt, sagte Herr Oberbürgermeister Gläffing in seiner Einführungsansprache. Er verzog aber auch nicht die Möglichkeit herzuweisen: die dankbare Anerkennung, die wirkliche Leistungen auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung noch jederzeit gefunden haben.

Zu der Ersatzwahl für das verstorbene Magistratsmitglied Blume ist man gestern nicht gekommen. Eine kleine Gruppe von Stadtparlamentarier wandte sich gegen die sofortige Wahl, weil man noch keine Gelegenheit gehabt habe, die Sache zu besprechen; die Herren beantragten Verlegung der Wahl bis zur nächsten Sitzung, und ihr Antrag fand eine knappe Mehrheit.

Es überraschte, daß gerade Herr Fink die Berichterstattung für den Bauausschuß über die Bewilligung der nötigen Mittel zur Vornahme baulicher Verbesserungen auf dem Südfriedhof übernommen hatte, obwohl in dieser Vorlage auch Erweiterungen und Verbesserungen der Feuerbestattung enthalten waren. Die verbesserte Kremation wurde also durch den Mund eines Mitglieds der Zentrumspartei dem Stadtparlament empfohlen. Das darf natürlich nicht als ein Zeichen einer Änderung in der Haltung des Zentrums zur Feuerbestattungsfrage angesehen werden. Vielmehr wird es Herrn Fink von dem einen oder dem anderen seiner Parteifreunde übel genommen, daß er die Berichterstattung in dieser Angelegenheit übernahm, wie finden, daß er recht getan hat, wenn er seine persönliche Stellung zur Kremation zurücktreten ließ und sachlich über die Vorlage des Magistrats und den Beschluß des Ausschusses berichtete.

Von der Erhöhung des Zuschusses an den „Verein für Speisung bedürftiger Schulkinder“ wird man in der Bürgerschaft gern Kenntnis genommen haben; es wäre sogar nichts dagegen einzuwenden gewesen, wenn man noch über den bewilligten Betrag hinausgegangen wäre.

— **Ein Gesellschaftsabend beim Oberbürgermeister.** Aus Anlaß des Abschlusses der Staatsberatungen hatte der Herr Oberbürgermeister Geh. Oberfinanzrat Gläffing Einladungen zu einem gesellschaftlichen Zusammensein am Freitagabend im Kurhaus ergehen lassen. Der Empfang fand im kleinen Saal des Kurhauses, die Veranstaltung selber im Weinfaßsalon statt. Erschienen waren die Spitzen der Behörden, die Mitglieder des Magistrats und der Stadtparlamentarier, die Leiter der städtischen Betriebe und Anstalten und zahlreiche andere namhafte Persönlichkeiten der Stadt. Man sah an einzelnen Tischen, an jedem von denen nach Möglichkeit ein Mitglied des Magistrats die Vertretung des städtischen Oberbürgermeisters wahrnahm. An dem Tische des Stadtoberhauptes selber bemerkte man u. a. den Herrn Regierungspräsidenten Dr. A. Reiter, den Polizeipräsidenten Herrn v. Schend, den Landrat des Landkreises Wiesbaden, Kammerherren v. Heimburg, die Kommandeure der in Wiesbaden garnisontierenden Truppenteile und den Bezirkskommandeur, sowie den Herrn ersten Staatsanwalt Hagen, Herrn Verwaltungsgeschäftsdirektor Ling, den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Dr. Dreher, Herrn Major v. Lauff und andere. Parteien gab es an diesem Abend, der dem günstigen Hausklima der Stadt gewidmet war, nicht; in Eintracht sah man freimütige Nationalliberale, Konfessionelle und das Zentrum; auch die Sozialdemokratie war vertreten. Und neben den Vertretern der staatlichen und militärischen Behörden, den Direktoren der städtischen höheren Lehranstalten, der Landesbibliothek, der städtischen Krankenhäuser usw. — es waren eben alle Fakultäten vertreten — sah man auch diejenigen der Kunst und Wissenschaft, wie Herrn Dr. Rauch, den Leiter unseres Residenztheaters, und die Leiter der in Wiesbaden erscheinenden Tageszeitungen. Es ergab sich von selbst, daß bei einer so „kult“ zusammengesetzten Herren-Gesellschaft die Unterhaltung, zu der auch die Musik auf der Empore des Weinfaßsalons und die erlesenen Getränke aus Küche und Keller des Herrn Raths ihr Teil beitrugen, den denkbar angenehmen Charakter trug und die ganze Veranstaltung des städtischen Herrn Oberbürgermeisters in schönster Harmonie und hehrer Freundschaft verlief.

— **Stadtparlamentarier.** In geheimer Stadtparlamentarier-Sitzung wurde gestern die Beschwerde des Maurermeisters A. H. gegen die Vergütung der Maurerarbeiten für den Neubau der Volkshochschule an der Bahnstraße auf Antrag des Organisationsausschusses zurückgewiesen. A. glaubte ein Recht auf Berücksichtigung bei der Vergütung der Arbeiten zu haben, weil er der Willigstfordernde war. Bekanntlich behält sich aber der Magistrat bei der Auswahl der Submittenten freie Hand, was auch H. von der Vergütung des Handwerks als notwendig bezeichnet worden ist.

— **Dr. Kurt Floerke über ausgestorbene und aussterbende Tiere.** Der Vater des Naturparkgedankens in Deutschland, jener Eintracht, die vor vier Jahren unter so allgemeiner Teilnahme aller Bevölkerungsschichten ins Leben gerufen wurde, hielt gestern Abend auf Veranlassung der Wiesbadener Ortsgruppe des „Vereins Naturpark“, E. V., in der Aula des Lyzeums am Schloßplatz einen Vortrag, dem alle Freunde der eigenartigen Natursehensheiten der deutschen Heimat mit großem Interesse gefolgt sein werden. Dr. Floerke gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Naturparkbewegung, die aus dem Bedürfnis heraus entstanden sei, der durch Kultur und Technik mehr und mehr um sich greifenden Naturverwüstung einige umfangreiche Gebiete zu entreihen, um auf ihnen der heimatischen Flora und Fauna die freie, ungehinderte Entwicklung und Entfaltungsmöglichkeit der Natur zu erhalten. Es ist geplant, drei größere Parks zu schaffen. Einer davon, der Naturpark in der Pörschberger Heide, ist am weitesten vorgeschritten, und auch im Salzammergut, wo gegenwärtig 5000 Morgen zur Verfügung stehen, ist die Erhaltung gesichert. Schwieriger gestaltet sich die Anlage des dritten Parks, der in Süddeutschland geschaffen werden soll, da hier der Grundstücksankauf durch die hohen Kosten außerordentlich erschwert ist. Ein vierter Park soll dann noch in einer der deutschen Kolonien entstehen. Der Vortragende zeigte an einer Reihe von Lichtbildern einzelne Auschnitte aus deutschen und ausländischen Naturparks und führte dann mit ein-

gehenden Erläuterungen die zum Aussterben verurteilten oder bereits ausgestorbenen Tiere der Heimat vor. Diese Tiere sind meist ausgerottet worden, weil sie angeblich dem Menschen oder anderen nützlichen Tieren schädlich sein sollten. Kein Tier sei aber nur schädlich oder nur nützlich, sondern diene auf jede Art im Haushalt der Natur seiner Bestimmung. Und selbst die Raubtiere sind insofern nützlich, als sie unter den von ihnen verfolgten Tieren die für die biologische Entwicklung notwendige Auslese herbeiführen. Den zum Verschwinden verurteilten Tieren, wie dem Steinadler, dem Biber, der Fischotter, den Reihern usw., soll in den Naturparkparks eine dauernde Heimat gegeben werden. Der Vortrag, der des weiteren die ausgestorbenen Tiere anderer Länder berücksichtigte, wurde von den Anwesenden aufmerksam verfolgt und am Schluß durch lebhaften Beifall ausgezeichnet.

— **Pferdesport und Kreiselpiel im Kurhaus.** Die von einer hiesigen Korrespondenz ausgehende Mitteilung, daß für die vorgenannten Spiele die polizeiliche Genehmigung erteilt worden sei, ist unzutreffend. Eine solche Genehmigung ist nach und zugegangener amtlicher Meldung weder nachgesucht noch erteilt worden.

— **Die Allgemeine Ortskrankenkasse** hielt gestern Abend im „Deutschen Hof“ eine Ausschusssitzung ab. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Kaufmann Sallo Bacharach, zu Stellvertretern Fuhrmann Ochs und Hausbursche Pfeiffer gewählt. Die Dienstordnung für die Angestellten wurde einstimmig laut Vorlage angenommen und der Rechnungsvoranschlag für das Geschäftsjahr 1914 zu 1354 000 Mark in Einnahme und 1804 000 M. in Ausgabe festgesetzt. Dort, wo Ärzte, mit denen Verträge abgeschlossen sind, fehlen, soll den Kassenmitgliedern eine Entschädigung gewährt werden an Stelle der freien ärztlichen Behandlung wie folgt: beim Besuch der ärztlichen Sprechstunde das erste Mal 75 Pf., in jedem weiteren Fall 50 Pf., bei ärztlichen Visiten im Hause das erste Mal 1 M., später 75 Pf. Nach einem weiteren Besuch dürfen Stillprämien auch in Form von Naturalien, Kräftigungsmitteln für stillende Mütter oder Säuglingsmilch für das Kind gegeben werden. Im weiteren wurde das Abkommen mit den Landärzten und Apothekern laut Vorlage gebilligt. Auswärtige freiwillige Mitglieder haben nach einem fernerem Beschluß ihre Beiträge der Kasse einzusenden. Bei Kassenmitgliedern, welche in der Wiederholungsstätte untergebracht sind, wird ein Abzug vom Krankengeld gemacht, welcher sich für Verheiratete auf ein Drittel, für Ledige auf die Hälfte beläuft. Der freien Vereinigung von Ortskrankenkassen in der Provinz Hessen-Nassau schließt sich die Kasse an, wie auch die frühere Kasse bereits angeschlossen war.

— **Schmiedebewegung.** Einen Vorbereitungskursus für die Meisterprüfung wird die Schmiedebewegung für Wiesbaden und Umgebung in der nächsten Zeit abhalten. Unterrichtet wird über allgemeine und fachtheoretische Fragen, deren Beantwortung bei der Meisterprüfung von den Prüflingen verlangt wird. Ein gleicher Kursus fand bereits im Vorjahr statt, dessen guter Erfolg die Innung auch dieses Jahr wieder veranlaßt, einen derartigen Kursus einzurichten. Ein Honorar wird nicht erhoben, doch können nur Mitglieder der Innung oder deren Söhne daran teilnehmen. Auch ist die Teilnahme denjenigen selbständigen Schmieden gestattet, die sich etwa jetzt erst als Mitglieder aufnehmen lassen. Anmeldungen nimmt der Obermeister, Herr W. Kern, Seerabenstraße 1, sowie der Schriftführer der Innung, Herr S. Mitsert, Hellmündstraße 29, entgegen.

— **Am Hall Junker.** Der Herr Präsident des Königl. Landgerichts schreibt uns unterm 3. d. M.: „In der heutigen Morgen-Ausgabe (Nr. 157) des „Wiesbadener Tagblattes“ befindet sich ein mit „Am Hall Junker“ überschriebener Artikel, dessen Schlußsatz folgendermaßen lautet: „Manches unbegreifliche Vorurteil während der „Voruntersuchung“ gegen Fräulein Helene Junker dürfte seine Erklärung finden in der Tatsache, daß der betreffende Untersuchungsrichter gleich nachher in eine Heilanstalt übergeführt worden mußte.“ Der hierin liegenden Unterstellung muß auf das bestimmteste widersprochen werden. Die Führung der Voruntersuchung hat auch nicht den geringsten Anlaß dafür ergeben, daß die erhebliche, im Oktober v. J., zum Ausbruch gelangte Krankheit des Untersuchungsrichters dessen frühere richterlichen Handlungen irgendwie beeinflusst hat. Für seine Gesundheit in der hier fraglichen Zeit dürfte auch zur Genüge der Umstand sprechen, daß er im März und April v. J. eine achttägige militärische Übung abgeleistet hat.“

— **Treue im Dienst.** Am 2. April waren es vierzig Jahre, daß das Dienstmädchen Fräulein Rosine Ziegler bei der Familie Buchdruckermeister A. Schwab an der Weidbergstraße in Dienst getreten ist.

— **April-Gewitter.** Die von den Wetterwarten angekündigten Gewitterbildungen sind eingetroffen. In der Umgebung haben vorgestern Abend verschiedene starke Gewitter geherrscht. Bei der plötzlichen sommerlichen „Hitz“ ist die Neigung zu Gewitterbildungen übrigens nicht auffallend.

— **Besitzwechsel.** Die Erben Renfer hier veräußerten aus ihrem Grundbesitz eine Wiese im Distrikt „Alter Weiher“ und vier Acker in den Distrikten „Schwalbenschwanz“, „Höden“, „Sofengarten“ und „Schwarzenberg“ zu dem Gesamtpreis von 65 000 M. an die Stadtgemeinde Wiesbaden. Der Kaufvertrag wurde in der gestrigen geheimen Stadtparlamentarier-Sitzung genehmigt.

— **Fremdenverkehr.** Der frühere Kriegsminister, Generalinspektor der 2. Armeeinspektion, Generaloberst von Seeringen, ist zu sechsstündiger Kurbehandlung hier eingetroffen und hat im „Hotel Prinz Nikolaus“ Wohnung genommen.

— **Kleine Notizen.** Die Nr. 14 der „Ankündigungsblätter“ liegt in der Geschäftsstelle des Wiesbadener Tagblattes zur unentgeltlichen Einsicht offen. — Die Sammlungen des Naturhistorischen Museums (Wilhelmstraße 24, 1) sind am Sonntag, den 5. d. M., außer den Besuchsstunden von 10 bis 1 Uhr auch nachmittags von 3 bis 5 Uhr unentgeltlich geöffnet. Vorübergehend ausgestellt sind die Schmetterlinge des paläarktischen Gebiets in etwa 60 Kasten. — In der Aula des Königl. Realgymnasiums sind die diesjährigen Schülerzeichnungen von heute bis Dienstag, den 7. d. M., morgens von 11 bis 1 Uhr, und nachmittags von 3 bis 5 Uhr (Sonntag nur vormittags) dem Publikum zur Besichtigung ausgestellt.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Wiesbadener Feste.

Gelegentlich der Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers und Königs in Wiesbaden vom 13. bis 18. Mai 1914 finden folgende Vorstellungen im Königl. Theater statt: Mittwoch, den 13. Mai: „Die Journalisten“. Lustspiel in 4 Akten von Gustav Freitag. „Ranold Holz“. Herr Karl Cieming vom Königl. Schauspielhaus in Berlin. Donnerstag, den 14. Mai: „Lobengrin“. Romantische

